

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33

Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Neue Angriffe auf die Gemeindegewirtschaft

Jedermann weiß, daß die Gemeindegewirtschaft heute in erster Linie durch eine Belastung der kommunalen Betriebe aufrechterhalten wird, eine Belastung, die auf die Dauer die Rentabilität der werbenden Betriebe in Gefahr bringen muß. Die Feinde der städtischen Selbstverwaltung sind auf das stärkste daran interessiert, diese Belastung der kommunalen Betriebe zu steigern, um dann einmal sagen zu können: „Da habt ihr eure kommunalen ‚Musterbetriebe!‘“ Seit Jahren kämpfen daher die Unternehmer für eine Herabsetzung der Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, die, nachdem durch die Finanzreform von 1920 die Einkommensteuerschlüsse weggefallen sind, heute zum Hauptfaktor der kommunalen Budgets geworden sind. Eine Senkung der Gewerbesteuer müßte natürlicherweise dazu führen, daß die kommunalen Betriebe noch mehr als bisher zur Deckung des kommunalen Finanzbedarfs herangezogen werden. Den Reichstag wird im Herbst ein Gesetzentwurf beschäftigen, der unter der Bezeichnung „Steuervereinfachungsgesetz“ die reichsgesetzliche Regelung der Realsteuern bringen soll. Dieser Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung des Steuerrechts wird uns noch näher zu beschäftigen haben. Heute sei nur auf den im Rahmen dieses neuen steuerrechtlichen Gesetzgebungswerkes wichtigsten Entwurfs hingewiesen. Dieser Gesetzentwurf will nicht nur die Gewerbebesteuerungsgrundlagen einheitlich regeln — das allein wäre ein begrüßenswerter Fortschritt — sondern auch das Maß der Steuerfestsetzung zentral verordnen. Unter dem Deckmantel der „Vereinheitlichung“ verbirgt sich die eigentliche Absicht, die Gewerbebesteuer zu senken. Den Gemeinden soll das einzige Ventil verstopft werden, das zur Ueberwindung der Steuernöte immer wieder geöffnet wurde und bei der gegenwärtigen Steuergesetzgebung, die die Gemeinden unter stärksten finanziellen Druck setzt, geöffnet werden müßte. Wenn man das erreicht, dann wird der Angriff gegen die Regiebetriebe der Gemeinden um so leichter zu führen sein. Die werbenden Betriebe werden dann dem Gemeindebudget dasjenige mehr geben müssen, was an Gewerbesteuer verlorengegangen ist. Aber wenn die Gemeindebetriebe technisch auf der Höhe bleiben und in ihrer Tarifgebarung die Konsumenteninteressen in ausreichendem Maße wahren wollen, dann werden sie eine stärkere Heranziehung zur Deckung der Gemeindeausgaben unmöglich tragen können. Mit Recht spricht der „Vorwärts“ angesichts dieses Realsteuerrahmengesetzes von einer „Schicksalsstunde“ der deutschen Finanzpolitik. Eine Annahme des Gesetzes in der Form des Entwurfes würde in der Tat den kommunalen Verwaltungskörpern die letzten Reste ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit nehmen und die kommunale Selbstverwaltung durch Mangel an finanziellen Quellen zur Ver-

kümmerung verurteilen. So sehr auch eine einheitliche Gestaltung des Realsteuerrechtes zu begrüßen ist, so entschieden müssen alle auf Verknappung der Einnahmen gerichteten Tendenzen des Gesetzentwurfes (durch Senkung der Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer) bekämpft werden!

Der Kampf gegen die Realsteuern wird vor allem deshalb so energisch geführt, weil man annimmt, daß an der Erhöhung der steuerlichen Belastung in der Nachkriegszeit hauptsächlich die Gemeinden schuld seien, die durch die Realsteuern ihre Steuereinnahmen am meisten gesteigert hätten. Die ersten Ergebnisse der neuen „Reichsfinanzstatistik“ beweisen auf das deutlichste, daß die Gemeinden im Vergleich zu 1913 gegenüber Reich und Ländern die geringste Steuererhöhung aufweisen. Während die Einnahmen des Reiches von 1913 zu 1925 von 1630 auf 4272 Millionen, also um 162 Prozent (unter Abzug der Zuschüsse an Länder und Gemeinden), die Einnahmen der Länder von 781 auf 2412 Millionen, also um 209 Prozent gestiegen sind, stiegen die Steuereinnahmen der Gemeinden von 1913 auf 1925 von 1515 auf 3169 Millionen, das heißt, nur um 109 Prozent. Dabei muß beachtet werden, daß in dieser Steuersumme der Gemeinden nicht weniger als 310,7 Millionen, das sind 9,8 Prozent des gesamten Steueraufkommens, aus der Hauszinssteuer als Wohnungsbauteil enthalten sind. Dieser Betrag muß natürlich ausgeschlossen werden, wenn man die tatsächliche Steigerung der kommunalen Steuereinnahmen erkennen will. Wir kommen so zu dem Ergebnis, daß die Steuereinnahmen der Kommunen sich nur um 88 Prozent gesteigert haben. Die Behauptung, daß die Realsteuern am stärksten gestiegen sind, wird schließlich von der Finanzstatistik in das Reich der Legende verwiesen. Die Grund- und Gebäudesteuer ist gesteigert worden von 434 auf 878 Millionen, die Gewerbesteuer von 177 auf 568 Millionen, beide zusammen von 641 auf 1447, also um 835 Millionen gleich 130 Prozent. In derselben Zeit aber ist die Massenbelastung (Umsatz-, Getränke-, Tabak-, Beförderungsteuer und Zölle) von 1318 Millionen auf 3734 Millionen, also um 2416 Millionen gleich 180 Prozent gestiegen.

Die natürliche Folge dieser so unterschiedlichen Steigerung der Steuereinnahmen ist ein deutlicher Rückgang des Gemeindeanteils an den Gesamtsteuereinnahmen. Während im Jahre 1913 41,1 Prozent auf die Gemeinden entfielen, betrug der Anteil der Gemeinden im Jahre 1925 nur noch 34,2 Prozent. Damit wird erneut nachgewiesen, daß der Steuerbedarf der Gemeinden am wenigsten gestiegen ist.

Diese Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik lassen jeden Angriff auf die kommunalen Realsteuern — wie er durch das Rahmengesetz versucht werden soll — als vollständig unberechtigt erscheinen.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung bringt ferner eine Bestimmung, nach der Handel-, Handwerks- und

Landwirtschaftskammern eine Mitwirkung bei der Steuerfestsetzung der Kommunen gesetzlich gesichert werden soll. In Preußen ist ja diese Mitwirkung der gewerblichen Berufsvertretungen schon insofern vorhanden, als sie das Recht haben, vor der Fassung von Umlagebeschlüssen der Gemeinden gehört zu werden. Der wirkliche Einfluß der Berufsvertretungen wächst aber in Preußen praktisch schon weit über das ihnen gesetzlich zugewilligte Anhörungsrecht hinaus. Die Einsprüche der Handelskammern haben dazu geführt, daß sie einen außerordentlichen Einfluß auf die Finanzgebarung der Gemeinden gewonnen haben. Gegen diese unterirdische Machtpolitik der privatkapitalistischen Interessenvertretungen muß jetzt um so

mehr Sturm gelaufen werden, als nun auch die Gefahr besteht, daß das Mitwirkungsrecht der Kammern nach dem neuen Rahmengesetzentwurf bei der Gewerbe- und Grundsteuer auf das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Nach diesen Bestimmungen sind neben den Handels- und Handwerkskammern auch die Landwirtschaftskammern zu hören. Die Sozialdemokratische Partei wird nicht nur dafür Sorge tragen müssen, daß diese Bestimmungen aus dem Gesetzentwurf verschwinden, sondern auch dort beseitigt werden, wo sie — wie in Preußen — bereits bestehen. Die Kammern sind privatkapitalistische Interessenvertretungen. Ihr Mitbestimmungsrecht im Rahmen der Gemeindegewirtschaft schlägt dem demokratischen Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ins Gesicht. Pa.

Die Stockholmer Konferenz des Internationalen Genossenschaftsbundes

Nach den Kongressen des Internationalen Genossenschaftsbundes in Basel und Genf spiegelt die in Stockholm vom 15. bis 18. August abgehaltene Kongress die inzwischen eingetretene Erstarkung der Genossenschaftsbewegung sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab wider. Nicht allein ist die Zahl der angeschlossenen zentralen Verbände und der Mitglieder sehr erheblich gestiegen — auf dem Kongress waren Organisationen aus 36 Ländern, die nicht weniger als 45 Millionen Mitglieder, fast ausschließlich aus Europa, haben, vertreten. 14 Millionen Mitglieder sind seit 1920 dem Genossenschaftsbund gewonnen. Die größten Ziffern zeigt Rußland, wo 25 259 Konsumvereine mit 9 275 939 Mitgliedern vorhanden sind. Die dem IGB. angeschlossene englische Genossenschaftszentrale hat 5 272 414 Mitglieder, der deutsche Zentralverband (der Reichsverband ist dem IGB. nicht angeschlossen) 3 204 674, die schwedischen Genossenschaften 339 273, die finnländischen 208 490. Auch die Weltgeltung des Bundes hat sich in der Zwischenzeit in großem Maßstab erhöht. Auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genf waren sowohl führende Mitglieder des Genossenschaftsbundes wie auch der Bund als solcher zugezogen. Sie hatten an den Arbeiten der Konferenz einen großen Anteil, was in den Resolutionen stark zum Ausdruck gelangte. Die Verhandlungen des Stockholmer Kongresses standen überwiegend im Zeichen der Weltwirtschaftskonferenz. Der Genossenschaftskongress hat sich die Genfer Resolutionen über den Zollabbau und die Erleichterung des internationalen Warenaustausches zu eigen gemacht. Der Ausbau der Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, der den Gegenstand eines Referats des Schweizer Genossenschaftsführers Jaeggi bildete, wäre sowohl für die Ausschaltung der Zwischengewinne wie auch in moralischer Hinsicht für die Annäherung der ländlichen und städtischen Bevölkerung von großem Vorteil. Erst kürzlich hat der Zentralverband der deutschen Konsumgenossenschaften seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, mit den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften in nähere Verbindung zu treten, ausgesprochen. Uebergang zu Qualitätsproduktion und zu Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte wären allerdings die notwendigen Voraussetzungen für diese Verbindung. Zunächst wäre es nötig, die landwirtschaftlichen Genossenschaften als Mitglieder des IGB. zu gewinnen.

Die Eigenproduktion der Genossenschaften soll gesteigert werden: diese Forderung wurde auf dem Stockholmer Kongress mit allem Nachdruck aufgestellt. Schweden hat gezeigt, was die Genossenschaften durch Errichtung eigener Produktionsstätten, wie dies in der Margarine-, Mühlen- und Gummischuhindustrie erfolgte, gegen die Monopolorganisationen zu erreichen und wie sie deren Preispolitik zugunsten der Verbraucher zu beeinflussen vermögen. Im Referat wurde darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. auf dem Gebiet der Eigenproduktion der Margarine viel geleistet werden könne. Vor allen Dingen könnte die Eigenproduktion durch internationale genossenschaftliche Zusammenarbeit stark gefördert werden. — Der Wert der Eigenproduktion der dem IGB. angeschlossenen Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine betrug 1926 45,7 Millionen Mark. Großes Gewicht wurde auf dem Kongress dem Ausbau der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen der Genossenschaften beigelegt. Bekanntlich ist bereits eine Internationale Großeinkaufsgesellschaft vorhanden, die bisher nur als Beratungsstelle und statistisches Bureau tätig war, durch ihre Auskünfte über die bestehenden Geschäftsmöglichkeiten aber sehr viel für die Förderung des Warenaustausches zwischen den nationalen zentralen Verbänden geleistet hat. Diese standen in letzter Zeit bereits in einem regen Warenaustausch miteinander. Bedeutend sind vor

allem die Beziehungen der russischen Genossenschaftszentrale Centrosojus zur englischen Großeinkaufsgesellschaft. Der gegenseitige Warenaustausch erreichte in den ersten fünf Monaten des Jahres 1926/27 die Rekordsumme von 603 604 Pfund Sterling. Auch ist die Rolle der Genossenschaften als Importeure in letzter Zeit erheblich gestiegen, wodurch sie immer stärker in den weltwirtschaftlichen Verkehr eingegliedert werden. Die von den Mitgliedern der Internationalen Großeinkaufsgesellschaft im Ausland getätigten Einkäufe betrugen 1926 45,8 Millionen Pfund (916 000 000 Mark).

Gleichzeitig mit dem Kongress lagte auch der genossenschaftliche Bankausschuß und der internationale Ausschuß für die genossenschaftliche Versicherung. Die Förderung der genossenschaftlichen Bank- und Versicherungswesen ist eine hochwichtige genossenschaftliche Aufgabe schon aus dem Grunde, weil dadurch große Kapitalien, die sonst kapitalistischen Betrieben zur Verfügung stehen, der genossenschaftlichen Eigenproduktion zugeleitet werden können. In den internationalen Ausschüssen wurden sowohl gegenseitige Erfahrungen ausgetauscht, wie besonders über die internationalen Verbindungen der Genossenschaftsbanken und genossenschaftlichen Versicherungsanstalten beraten.

Die internationale Frauenkonferenz der Genossenschaften, welche die nationalen Frauengilden umfaßt, hatte vor dem Kongress des IGB. unter Leitung ihrer einstimmig wiedergewählten Präsidentin Emmy Freundlich ihre Konferenz, auf welcher folgende Fragen erörtert wurden: Billigere Preise oder höhere Vergütungen, die Frage der Familienwäsche und die beste Form einer Organisation, die die Hausfrauen vom Wäschtag befreit, endlich Ernährungsfragen, die Aufklärungen über den Nährwert der Lebensmittel und die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung zum Gegenstand hatten. Als außerordentlich wichtige Aufgabe der Genossenschaftsbewegung wurden die Probleme der genossenschaftlichen Propaganda, Erziehung und beruflichen Ausbildung behandelt. Gegen die übliche Art der Reklame, wie sie vom Privathandel gemacht zu werden pflegt, wurden berechtigte Bedenken ausgesprochen. Ueber die großen Fortschritte im genossenschaftlichen Bildungsweisen wurde eingehend berichtet. In Verbindung mit der internationalen Sommerschule soll ein internationaler Ausschuß für Genossenschaftsfortbildungsweisen geschaffen werden.

Die politische Note fehlte auch in Stockholm nicht. Der von den russischen Vertretern energisch erhobene Vorwurf, daß die Genossenschaften durch Anerkennung der positiven Leistungen der Weltwirtschaftskonferenz vollkommen ins Schlepptau des Völkerbundes geraten seien, trifft nicht das Wesentliche. Für die internationale Genossenschaftsbewegung war es ebenso wichtig, den ihr gebührenden Platz bei internationalen politischen Einrichtungen zu erhalten, als dies bei den Gewerkschaften der Fall war. In Stockholm wurde die politische Neutralität der Genossenschaften gegenüber den russischen Vertretern in aller Form betont. Dies konnte auch nicht anders sein bei einer Einrichtung, welche die verschiedensten Organisationen, von den kommunistischen Genossenschaften Rußlands an bis zum Zentralverband der ungarischen Dorfgewerkschaften „Hangya“, vereinigt. Der IGB. ist eben keine politische Kampforganisation, die den Kapitalismus frontal angreift, er kann die Umformung der Wirtschaftsordnung nur durch die rechtliche Tat und alltägliche Kleinarbeit vorbereiten, ohne viel programmatisch darüber sprechen zu dürfen. Die Bewegungsfreiheit der angeschlossenen nationalen Organisationen ist aber gesichert. Diese nur können ihren Bestrebungen auch einen politischen Nachdruck verleihen, wie dies etwa in England und Belgien offiziell und indirekt auch in anderen Ländern geschieht. H. S.

Die Invalidenversicherung und die soziale Lage der Arbeiterschaft

Mit der Stabilisierung der deutschen Währung haben sich die Versicherungsanstalten wieder in steigendem Maße der vorbeugenden Furfsorge der Versicherten zugewendet, um den Eintritt vorzeitiger Invalidität zu verhüten. Hierzu wurden sie nicht nur durch allgemeine soziale Erwägungen, sondern vor allem durch den Umstand veranlaßt, daß die Anforderungen an Gewährung von Invalidenrenten in fortgesetztem Steigen begriffen sind. Diese Zunahme ist eine sehr erhebliche und um so auffälliger, als die Zahl der Versicherten keine nennenswerte Vermehrung erfahren hat. Seit Jahren wird sie mit rund 17 Millionen angenommen. Dem gegenüber ist von 1913 bis 1925 die Zahl der Empfänger von Invaliden- und Krankenrenten von 1,1 auf 1,7 Millionen, von Witwen- und Witwenrenten von 12 000 auf 280 500 und von Waisenrenten von 37 800 auf 549 100 gestiegen.

Die Zunahme der Witwen- und Waisenrenten erklärt sich zwanglos aus der großen Zahl der Kriegerrwitwen und -waisen. Nicht so nahe liegt die Erklärung für die Zunahme der Invalidenrentner. Daß hier die von den Gegnern der Sozialversicherung mit Vorliebe behauptete Rentenucht in Betracht kommt, kann bei den eng und scharf begrenzten Voraussetzungen für die Gewährung der Invalidenrente als ausgeschlossen angesehen werden. Wird doch die Invalidenrente nur gewährt, wenn der Versicherte den Nachweis erbringt, daß er dauernd zu mehr als zwei Dritteln in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Auch der Umstand, daß am 1. Januar 1923 die Altersrente in Wegfall kam und an ihre Stelle als neuer Versicherungsfall die Vollendung des 65. Lebensjahres für die Invalidenrente trat, reicht nicht aus, um die Tatsache zu erklären, daß seit 1913 die Zahl der Invalidenrenten um rund 65 Proz. zunahm und insbesondere die Rentenbewilligungen an Personen zwischen 45 bis 64 Jahren in fortgesetztem starken Steigen begriffen sind. Die Ursache kann nur darin liegen, daß sich die sozialen Verhältnisse der Versicherten seit 1923 beträchtlich verschlechtert haben und in dem frühzeitigen Verfall ihrer Arbeitskraft und Arbeitsunfähigkeit zum Ausdruck gelangten.

Von den Unternehmern wird — wie ihre Angriffe gegen die sozialen Lasten beweisen — eine solche Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter bestritten. Sie berufen sich dafür auf das Steigen der Löhne. Dem steht jedoch gegenüber, daß die Löhne nicht allgemein in gleicher Weise gestiegen sind und es heute noch weite Arbeiterkreise gibt, deren Lohn Einkommen, gemessen an den Löhnen und Preisen vor dem Krieg den Friedensstand noch nicht erreicht haben. Damit ist ganz selbstverständlich eine Herabdrückung ihrer sozialen Lage sowie ihrer Lebenshaltung verbunden, die sich in einer Verschlechterung ihres Ernährungszustandes und gleichzeitig ihres Gesundheitszustandes bemerkbar macht. Das geht auch aus den Berichten der Invalidenversicherungsanstalten hervor, die im Jahre 1925 um rund 37 Proz. mehr Versicherte in Heilbehandlung nehmen mußten als im Jahre 1913, sowie daß von den 210 478 insgesamt Behandelten nicht weniger als 28,27 Proz. an Tuberkulose behandelt wurden.

Es ist allgemein bekannt, daß die Tuberkulose eine Krankheit ist, die besonders in den unteren Volksschichten grassiert. Ihre Ursache beruht vorwiegend in den dort herrschenden ungünstigen Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen. Man bezeichnet sie deshalb durchaus zutreffend als Elendsseuche. Ferner ist bekannt, daß die Tuberkulose in den Nachkriegsjahren eine starke Zunahme erfuhr und besonders in den Jahren 1915 bis 1918 eine sehr erhebliche Steigerung der Sterblichkeit hervorrief. Diese ist insolge der Verbesserung der Ernährung sowie der hygienischen Verhältnisse inzwischen zurückgegangen. Während z. B. im Jahre 1900 in Deutschland 122 048 Menschen an Tuberkulose starben, waren es 1924 nur 75 000. Nicht im gleichen Umfange ging die Erkrankungs-häufigkeit zurück. Diese ist noch immer außerordentlich hoch und genügt diese Tatsache vollständig, nicht nur die Zunahme der Invalidenrenten, sondern auch das sich dahinter verborgende soziale Elend der arbeitenden Volksschichten zu beweisen.

Nach den beim deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose eingegangenen Jahresberichten von im ganzen 1325 deutschen Tuberkulosefurfsorgestellten wurden diese im Jahre 1925/26 von 423 884 Personen in Anspruch genommen. Diese Zahl ist wesentlich höher als im Vorjahre. Unter den sich meldenden befanden sich 175 733, bei denen erfreulicherweise keine Tuberkulose festgestellt werden konnte. Von den übrigen 248 151 tuberkulosekranken Personen litten 56 766 an offener Tuberkulose. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Tuberkulosefurfsorgestellten gilt die Sanierungsarbeit in den Wohnungen der Offentuberkulosen. Dazu gehört, daß jeder an Tuberkulose ansteckend Erkrankte ein eigenes Bett haben muß. Die Erfüllung dieser hygienisch selbstverständlichen Forderung stößt dagegen nach den vorliegenden Berichten auf die größten Schwierig-

keiten. Festgestellt wurde, daß von den Offentuberkulosen nicht weniger als 17 828, also fast ein Drittel, ein eigenes Bett nicht besitzen, sondern mit anderen Personen zusammenschlafen.

Wenn das schon bei den Offentuberkulosen der Fall ist, die den Furfsorgestellten bekannt sind und von ihnen betreut werden, wie mag es erst bei den Kranken aussehen, die nicht ermittelt und häufig über den Charakter ihres ansteckenden Leidens nicht aufgeklärt sind! Die Furfsorgestellten haben in allen ihnen bekanntgewordenen Fällen eine Abhilfe zu schaffen versucht. Oftmals aber scheiterte schon das Aufstellen eines Bettes durch die Furfsorgestellte an dem Mangel an Platz. Davon, daß ein Offentuberkuloser in einem eigenen Zimmer für sich wohnen muß, ist nach den Berichten met nicht zu denken. Von den 56 766 Offentuberkulosen hatten nur 17 364 ein eigenes Schlafzimmer, d. h. mehr als zwei Drittel mußten das Zimmer und davon 17 828 noch das Bett mit ihren Angehörigen teilen. Auf diese Weise wird durch das katastrophale Wohnungselend in Verbindung mit unzureichender Ernährung, Mangel an Reinlichkeit und Außerachtlassung der elementarsten hygienischen Vorbeugungsmaßnahmen die Tuberkulose immer von neuem auf die Angehörigen, namentlich aber auf die Kleinkinder weiter verbreitet, werden dieser Volksseuche fortgesetzt neue Opfer zugeführt.

Was hier von dem deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose festgestellt wird, beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Offentuberkulosen. Die gleichen Misstande treten auch bei anderen Leiden erkrankten Personen auf; sie sind nahezu allgemein. So wird z. B. in der Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1925 allein aus zwölf preussischen Regierungsbezirken darüber geklagt, daß häufig mehrere Personen und oft ältere Geschwister verschiedenen Geschlechts auf eine gemeinsame Schlafstelle angewiesen sind. Wie zahlreich derartige Fälle sind, ergibt die 1925 in Berlin stattgefundene Wohnungszählung, bei der 400 000 Wohnungen mit nur einem Zimmer festgestellt wurden, das zugleich als Wohn-, Schlaf-, E- und Arbeitsraum dienen mußte. Inzwischen ist es nicht besser geworden, denn trotz aller Wohnungsbauten hat die Wohnungsnot nicht abgenommen.

Die Berichte der Versicherungsanstalten liefern den Nachweis, daß diese Zustände, die ein erschreckendes soziales Elend verraten, auf die gesundheitlichen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung einen geradezu verhängnisvollen Einfluß ausüben. Hiernach müssen die sozialen Lasten steigen, nicht weil in sozialer Hinsicht zu viel, sondern zu wenig geschieht! Bei ungenügender Entlohnung und daraus folgender unzureichender Ernährung, bei Wohnungsverhältnissen, die in zahlreichen Fällen allen hygienischen Anforderungen widersprechen, müssen die Arbeiter mit ihren Familien leichter als es sonst geschehen könnte, gesundheitsschädlichen Einflüssen erliegen. Das Ende ist frühzeitiges Siechtum, Verlust ihrer Arbeitskraft und dauernde Invalidität! Diese Zustände schreien nach Abhilfe, die unbeirrt von dem Gezeter der Unternehmer über die hohen Löhne der Arbeiter und das Steigen der sozialen Lasten mit allen Kräften angestrebt werden muß.

Das Reich als Unternehmer

Von berufenen und unberufenen Vertretern der deutschen Privatindustrie wurde bis in die jüngste Zeit auf die „latte Sozialisierung“ genannte Konkurrenz geschimpft, die der Staat der Privatindustrie mache. — Von dieser Taktik sind unsere Unternehmer neuerdings abgewichen, wohl in der Erkenntnis, daß die öffentliche Hand aus dem deutschen Wirtschaftsleben nicht mehr fortzubedenken ist. Besonders bei Straßenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken duldet die öffentliche Meinung kaum noch das Verbleiben in Privathanden. Etwas anderes ist es mit den staatlichen Industriebetrieben. Die laute Unternehmerpropaganda hat die öffentliche Meinung unzweifelhaft zu beeinflussen gesucht. Doch wird auch hier die Entwicklung nicht aufzuhalten, das Rad der Geschichte nicht zurückzudrehen sein.

Bevor Umfang und Ertrag der reichseigenen Betriebe an dieser Stelle geschilbert werden, sei kurz daran erinnert, wie die Deutsche Republik zum Eigentümer von großen Industrieunternehmungen wurde. Die Kriegsrohstoffgesellschaften und Zentraleinkaufsgesellschaften unseligen Angedenkens, die während des Krieges ins Leben gerufen wurden, dürften als die Vorläufer wirtschaftlicher Unternehmungen des Reiches anzusehen sein, obgleich man schon vorher besonders staatliche Bergwerksunternehmungen kannte. Dabei handelte es sich jedoch um Unternehmungen zur Ausbeutung von Natur- und Boden-

schätzen, bei denen weite Kreise der öffentlichen Meinung ebenfalls die gemeinwirtschaftliche Verwaltung als das Gegebene ansehen und die Ausbeutung durch Privatpersonen als Unrecht empfinden. Die erwähnten Kriegsröhrenfabriken, deren Aufgabe es war, in der „belagerten Festung Deutschland“ die vorhandenen Rohstoffvorräte festzustellen und zu verwalten, stießen bald auf die Tatsache, daß der fühlbarste Mangel sich an Düngemitteln bemerkbar machte. An Stelle der geringen im Lande vorhandenen Vorräte von Chilesalpeter künstliche Düngemittel herzustellen, war deswegen ein besonders schwieriges Problem, weil aus den gleichen Stickstoffverbindungen, die zur Herstellung künstlicher Düngemittel dienen, auch Sprengstoffe und Munition hergestellt wurden. — Waren nicht in Belgien in den ersten Kriegswochen große Vorräte von Chilesalpeter erbeutet worden, dann wäre schon im ersten Kriegswinter empfindlicher Munitionsmangel eingetreten. Walter Rathenau als Organisator der Kriegsröhrenfabriken erkannte die drohende Gefahr und setzte durch, daß in kürzester Zeit die damals noch in den Kinderstufen stehende Stickstoffgewinnung aus der Luft großzügig in Angriff genommen wurde. In Bielefeld bei Wittenberge und in Chorzow (Oberschlesien) wurden zwei große Stickstoffwerke durch und für das Reich erbaut. Ebenso wurde während des Krieges die Aluminiumherstellung in großem Umfange in reichseigenen Betrieben aufgenommen. In Bitterfeld und Lauta entstanden zwei große Unternehmungen dieser Art. Weiter kam es während des Krieges zur umfangreichen Entwicklung der Elektrizitätserzeugung in reichseigenen Betrieben, u. a. wurde das Großkraftwerk Golpa-Schornewitz erbaut. Außerdem aber waren während des Krieges zahlreiche Anlagen entstanden, die einzig und allein der Munitionserzeugung und der Herstellung sonstigen Heeresbedarfs dienten. Diese sehr umfangreichen Anlagen konnten bei Beendigung des Krieges nicht einfach zur Schließung der Betriebe und zur Entlassung der zahlreichen Arbeiter und Angestellten schreiten, sondern waren genötigt, sich auf Friedenserzeugnisse umzustellen. So sehen wir alsbald in den unter der Firma Aktiengesellschaft Deutsche Werke zusammengefaßten Reichswerkstätten landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeugmaschinen, Motorräder, Schreibmaschinen, Eisenbetten usw. herstellen. Hier setzte dann die bereits erwähnte lebhafteste Heide Privatindustrie ein, die dazu beitrug, daß nicht wenige dieser Abteilungen der reichseigenen Betriebe mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Der Konzern der reichseigenen Gesellschaften hatte, so kann zusammenfassend gesagt werden, an den Abteilungen, die ihm durch die Liquidation des Krieges infolge der Umstellung auf Friedenserzeugnisse zugewachsen waren, keine ungeteilte Freude. — Eine um so erfreulichere Ent-

wicklung nahmen die Unternehmungen der Elektro-, Stickstoff- und Aluminiumindustrie.

In nächstehendem sei an Hand des jüngst veröffentlichten Geschäftsberichts 1926/1927 Aufbau und Ertrag der Unternehmungen des Reiches in großen Zügen aufgezeigt. — Die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft (VIAG), die Verwaltungsgesellschaft der reichseigenen Betriebe veröffentlicht in ihrem schon äußerlich stolzen, 140 Seiten Großquart umfassenden Bericht über das fünfte Geschäftsjahr eine tabellarische Uebersicht über die reichseigenen Unternehmungen und Beteiligungen, die wir in Nr. 9 unserer Beilage „Technik und Wirtschaft“ zum Abdruck gebracht haben.

Ein Blick auf die dortigen Zahlenreihen zeigt sofort, daß bis auf die in der Abteilung E zusammengefaßten, sogenannten D-Werke sämtliche Reichsbetriebe recht namhafte Dividenden zur Verteilung bringen. Bei dieser mehr oder minder notleidenden E-Gruppe handelt es sich um die Liquidationsmasse des in einzelne Aktiengesellschaften aufgelösten Konzerns „Deutsche Werke A.-G.“. Eine größere Anzahl Grundstücke und Gebäude der stillgelegten Betriebe in Haselhorst, Erfurt, Kassel, Rüstingen und Pippstadt sowie Wohnkolonien in Spandau, Ingolstadt und Amberg sind auf die zur Verwaltung dieser Liegenschaften gegründete Industrieanlagen G. m. b. H. übergegangen. Die Deutsche Kraftfahrzeugwerke A.-G. in Haselhorst wurde mit der Deutschen Industrierwerke A.-G. in Spandau verschmolzen. Die bisher in Haselhorst hergestellten D-Räder werden jetzt in Spandau angefertigt. Ferner besagt der Geschäftsbericht, daß das Hüttenwerk, die Schmieden und die mechanischen Bearbeitungsstätten der Deutschen Industrierwerke A.-G., Spandau, in zunehmendem Umfange für den Berliner Markt beschäftigt waren, die Gießereien hätten unter dem allgemeinen Preisdruck für Gießereierzeugnisse zu leiden gehabt. Während die Eisenbettenfabrik ihren Absatz steigern konnte, war der Absatz der Landmaschinenfabrik sehr schlecht, obwohl die Spandauer Fabrikate, insbesondere Grasmäher, Getreidemäher und Haeden technisch allgemein Anerkennung fanden. Als Grund wird „die geringe Kaufkraft der Landwirtschaft“ angegeben. Diese und ähnliche Formulierungen in den Geschäftsberichten der einzelnen Reichsbetriebe lassen deutlich den Einfluß der Großlandwirtschaft und Großindustrie erkennen, die sich in den Ausschüßräten der reichseigenen Gesellschaften bereits recht breit machen, wovon in anderem Zusammenhange noch zu sprechen sein wird. — Die Karosseriefabrik hat größere Serienaufträge für erste deutsche Automobilfirmen übernommen, der Absatz der Motorräder ist im neuen Jahr sehr lebhaft geworden. Von besonderem Interesse ist in dieser Gruppe noch die

Gasrohre

Das Bergwerk. Eisenstein. Dunkel ist es. Die Karbidlampe glimmt. Und die Herzen der Bergleute glimmen. Explosionen. Dynamit zerreißt die Rippen der dunklen, tiefirdischen Titanen — und der rote Erzstein fliegt durch den Schacht hin aufwärts an das Licht des Tages. Der Erzstein sucht seine Bervollkommnung.

Die Bahn. Von den Eisengebirgen her rollen die Erzzüge ins Industriegebiet. Tausend Schote wie ein Wald. Da herum die qualmigen schwarzen Rabenflotten. Und den Hochöfen flammt Schöpfergeist aus den hohen Stirnen. Erzstein, Kalkstein und Koks verbrüdernd sich im Feuer der Hochöfen. Der Brei ist gar. Der Ofenmeister gibt das Glockensignal, ein Bohrer stößt vor — und aus den Bäuchen der glühchwangeren Hochöfen heraus springt der weiße Strahl, das flüssige Eisen.

Und das junge Eisen sammelt sich im rollenden Tiegel, im Wagen der Werksbahn. Die elektrische Lokomotive zieht an — und das flüssige weißrote Jungesisen fährt zur Gußhalle. Der Gußtiegel wird von mächtigen Laufkränen seinem Radgestell enthoben — der Gußtübel neigt sich — und zum zweiten Male fließt Eisen wie ein schöpferischer Quell — hinein in die Gußform. Die kaltet ab. Und den Formen entheben nun die Laufkräne die fertigen Rohre, die Gasrohre die den Atem der schwelenden Kohle vom Gaswerk her bis ins oberste Stockwerk der Wohnungen leiten sollen. Sich als Rohr mehr und mehr verzweigend bis hin zum Gummischlauch in der Küche, der dann das blaugelbgrüne Feuergeräusch am gußeisernen Herde zeugt. Und Mutter kocht die Suppe. Die Kinder springen: Heute gibt's Erbsen mit Speck!

Das Bureau. Das Verkaufsbureau des Hüttenwerks. Vereinigte Eisen- und Stahlwerke A.-G. Die Maschinendamen spielen Klavier, wie klappern so flink die Schreibmaschinen. Und durchs Hirn der geistig arbeitenden Proletarier wird das Produkt des Erzberges und des Hüttenwerkes nun — Ware! Ein Verdienstoffekt.

Die fertigen Gasrohre müssen schweigen: Geiß! Profit wird aus Hand- und Kopparbeit, Profit für die Aktionäre des Stahl- und Eisenkonzerns, die vielleicht niemals in ihrem Leben weder im Erzberg, noch vor dem Hochofen, noch im Fabrikbureau anwesend waren — die aber dennoch ernten, goldene Dividende — dort, wo andere säeten: wo die Besitzlosen säeten. Wie ist ein solch Umding möglich? Fragt die veralteten Wirtschaftsformen. Und heißt mit, daß aus kapitalistischer Wirtschaft werde die Vernunftwirtschaft, die soziale Wirtschaft, die gesunde Planwirtschaft.

Lange Güterzüge rollen vom Industriegebiet her zu den Großstädten im ganzen Lande. Gasrohre fahren zu ihrer Bestimmung, das Erz — aus der Tiefe steinern hervorgeflogen — will als fertiges Gasrohr wieder in die Tiefe hinein — aber nicht mehr sinn- und zwecklos, sondern zu Nutzen des Menschen, der der Gott, der schöpferische Geist der unerweckten Materie ist. Durch den Menschen wird die Materie — Leben! Rohstoffe werden Wertstoffe — werden Gebrauchsgegenstände.

Die Großstadt. Das Gaswerk. Riesige Kessel in grauer Reihe hegen den Feueratem der Kohle: Die Gasometer! Und hohe Stapel von schwarzgeteerten Gasrohren lagern wie Geschüßrohre auf den Lagerhöfen. Aber keinen Tot wollen diese Rohre schießen — Licht und Nahrung wollen sie bringen. Lampe und Herd!

Und im Gasbureau sitzen die Techniker vor den Zeichentischen. Erst entwirrt der Geist die neuen Regalanlagen — dann kommt das städtische Lastauto und verfährt die Gasrohre an ihr Grab.

Da waren schon die fleißigen Erdarbeiter tätig. Sie rissen das Pflaster der Straße auf. Pickel und Schaufel klirrten — klirren noch — der Schachtmeister läuft in langen Stiefeln wie ein Fischreier neben dem Schachte einher — drunten steht Wasser — das gibt den Erdarbeitern nasse Füße, den Gummistiefeln zu Trotz.

Dal, ein Unglück, trotz der Bohlen- und Balkenstützung gab das Erdreich nach — ein Arbeiter ist verschüttet. Der Schachtmeister schreit, er wirft die Zigarre fort — aber die Kollegen des Ver-

AG-Deutsche Werke A.-G., an der die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zur Hälfte beteiligt ist, die in Erfurt ihren Sitz hat und sich mit der Serienfabrikation der Mignon- und der AG-Schreibmaschine befaßt, aber über ungenügenden Absatz zu klagen hat und für dieses Jahr ebenso wie im Vorjahre keine Dividende verteilen kann.

Sehen wir uns dagegen aber die übrigen Gruppen an. Da ist zunächst in der Gruppe A das Bankunternehmen des Reiches, die Reichs-Kredit A.-G., die einen Reingewinn von 6,2 Millionen Mark erzielte und 8 Proz. Dividende gegenüber 6 Proz. im Vorjahre verteilen konnte. Die Deutsche Revisions- und Treuhänd-A.-G. kann als Erfolg buchen, daß sich jetzt auch das Land Preußen zur Revision seiner gewerblichen Unternehmungen dieses Instituts bedient und von der Absicht der Gründung einer eigenen Revisions-Gesellschaft Abstand genommen hat. Diese Gesellschaft konnte wieder 10 Proz. Dividende verteilen wie im Vorjahre.

Die in der Gruppe B zusammengefaßten elektrowirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches haben ebenfalls recht zufriedenstellend gearbeitet. Die Elektrowerke A.-G. erhöhte im Geschäftsjahr 1926 die Leistungsfähigkeit ihrer Kraftwerke auf über 400 000 Kilowatt, konnte ihren Abnehmerkreis erweitern und neue Stromlieferungsverträge abschließen, insbesondere mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft für den elektrischen Betrieb der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen der Reichsbahndirektion Berlin. In Ausführung dieses Vertrages wird eine neue, vierte, Doppelfernleitung von Golpa-Zschornewitz nach Berlin errichtet. Auch die kleineren Elektrobeteiligungen des Reiches brachten zufriedenstellende Ergebnisse. Das Ostpreußenwerk konnte erstmalig die Dividendenzahlung aufnehmen.

Die Bedeutung der in der Gruppe C zusammengefaßten Reichsunternehmungen der Aluminiumindustrie beleuchtet am besten der Umstand, daß von den in Deutschland im Jahre 1926 erzeugten rund 28 600 Tonnen Aluminium in den Werken Lauta und Töging der Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. und im Werk Grevenbroich der Erstwerk A.-G. zusammen rund 24 000 Tonnen hergestellt wurden. Der Jahresabschluß der Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. brachte einen Reingewinn von 4,2 Millionen Mark aus dem eine Dividende von 8 Proz. verteilt wurden gegenüber 7½ Proz. im Vorjahre.

Die in der Gruppe D zusammengefaßten Reichswerke der Stickstoffindustrie haben ebenfalls hervorragend gearbeitet. Die Bayerische Kraftwerke A.-G. erzeugte im Jahre 1926 28 200 Tonnen Reinstickstoff und konnten auf das erhöhte Aktien-

kapital die gleich hohe Dividende von 6 Proz. wie im Vorjahre verteilen. Die Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G. haben ihr Werk Pöckeritz an den Farbenruest verpachtet unter gleichzeitiger Abgabe aller Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten, Magazinmaterialien und Fertigerzeugnissen an die Pächterin. Der Pachtvertrag läuft 15 Jahre. Aus den Pachteinnahmen konnte die Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G. eine Dividende von 8 Proz. auf das 20 000 000 Mk. betragende Aktienkapital zur Ausschüttung bringen. Diese Verpachtung eines großen reichseigenen Werkes scheint der Beginn großzügiger Versuche der Privatindustrie, die reichseigenen Betriebe zu entstaatlichen. Der Einfluß bekannter Führer der Privatindustrie in den Aufsichtsräten der reichseigenen Aktiengesellschaften ist bereits heute erschreckend. Im Aufsichtsrat der WAG selbst sitzt neben fünf führenden Großbankdirektoren und einigen Inhabern großer Privatbankhäuser Dr. Florian Klöckner, Generaldirektor der Klöckner-Werke. Im Aufsichtsrat der Reichskreditgesellschaft finden wir neben Conrad v. Vorfig, Hans Kraemer, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, auch Kommerzienrat Dr. Schmiß vom Farbentrust, Generaldirektor Böglner vom Stahltrust, Dr. h. c. Gerhard Korte, Magdeburg, Dr.-Ing. c. h. Werner, Direktor der Siemens-Schuckert-Werke A.-G., Berlin, und andere erlauchte Namen der Privatindustrie schmücken die Liste der Aufsichtsräte der übrigen reichseigenen Gesellschaften. Der Einfluß der Arbeitnehmer dagegen ist gering. Erwähnt zu werden verdient, daß in keiner Liste der Aufsichtsräte die vom Betriebsrat entsandten Mitglieder der Belegschaft aufgeführt sind, was doch sogar in zahlreichen Geschäftsberichten privater Aktiengesellschaften geschieht. Das läßt tief blicken. Durch die Arbeitnehmerparteien des Reichstages sind einzelne Aufsichtsratsmandate der reichseigenen Aktiengesellschaften besetzt (u. a. Reichsminister a. D. Rudolf Wissell); es läßt sich aber leicht denken, daß dieser Einfluß zurzeit gering ist, und daß die gegenwärtige Bürgerblockregierung wenig Verständnis für demokratische Verwaltung und Ausbau der gemeinwirtschaftlichen Reichsbetriebe zeigt. Das wird und muß sich ändern. Wir können deshalb trotz dieser grundsätzlichen Bedenken uns der Entwicklung der reichseigenen Betriebe freuen. Vorbedingung für erfolgreiche Abwehr des schon heute vorhandenen ungerechtfertigt großen Einflusses der Privatindustrie in Fragen der Löhne und Gehälter bei den Reichsbetrieben ist — das kann nicht oft genug gesagt werden — restloser Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der freigewerkschaftlichen Front. Julius Fries.

Schüttelten handeln — sie graben ihn aus — lebt er noch? — ja! — dem Zufall sei Dank — aber er ist ohnmächtig. Und hier kommt das Sanitätsauto, behutsam heben Bruderhände den Kameraden ins Auto hinein — Fahrt zum Krankenhaus — Operationstisch — Ärzte — Urteil? Ist nicht schlimm — drei Rippenbrüche und Quetschungen. Ist nicht schlimm? Probier's mal — seib selber mal Proleten — mit Pide und Schaufeln hinab in den Schacht!

Nun ist der Schacht tief genug. Hier sind die Kohrleger. Und der leitende junge Techniker ist da, 'n bißchen nervös, zappelig wie 'n junges Hündchen. Die alten grauen Arbeiter grinzen ein wenig — der junge Dachs wird uns nichts lehren.

Sonntag. In den Herrschaftsgärten duften Rosen, Nelken und Jasmin. Junge Mädchen in bunten Kleidern spielen Tennis, Frau Mama hört Radio: den neuesten Mississippi-Jazz. Unten auf der Straße aber kocht Blei, im Koksosen, das Blei soll an die Muffen der neuen Gasrohre, die alten Rohre waren zu eng, neue höhere — breitere Rohre werden den Gasbrennern in den Häusern mehr Druck geben.

Die Sonne brennt heiß auf die Arbeit der Straße. Der tiefe Schacht. Der brennende Koksosen, das kochende Blei wirft Blasen — geht das Blei hinein in den Eimer — den Eimer hinab in den Schacht — die Gießkelle zur Hand — die Muffen umgießen — und aus einzelnen Rohrstücken — aus einzelnen Gasrohren — wird eine Leitung — die neue Gasanlage wird Tat durch den Fleiß der „untersten Proleten“. Wer schaut auf deren Wert? Dicke Geschäftsleute laufen vorüber — nur um eines besorgt; sitz mit dem Dreß aus dem Schacht die zarten Stiefel nicht zu beschmutzen.

Hier ist die Rohranlage fertig. Genossen!, schüttet den Schacht zu. Derweilen wird's Feierabend. Die Arbeiter der Straße sind müde — heimwärts, zu Weib und Kind, die Parteizeitung lesen, 'ne Pfeife rauchen — und dann ins Bett, morgen beginnt das Spiel oder die Qual von neuem. Heute konzertiert im Opernhaus der edle Resenavalier.

Wo aber der Erdschacht noch in die Tiefe sich senkt — da steht über der Straße ein: „Polizeilich gesperrt!“ Bei roter Lampe lieft du noch: „Vorsicht: Aufbruch!“ Vom Himmel blinken die Sterne. Der Nachtwind rauscht in den Herrschaftsgärten durch die blühenden Lindenbäume, im Jasminbusche singt die Nachtigall — und nun geht der Mond auf, wie eine gelbe Rose blüht der Mond über der schlafenden Stadt.

Schläft die Stadt, nachts um zweie? Nein, in den Weindielen der reichen Leute wacht die Stadt noch — und auch in vielen Fabriken, an der Bahn, in der Post und im Gas-, Wasser- und Stromwerk schläft die Stadt nicht. Nie dürfen die proletarischen Näder ganz stille stehn. Ihr reichen Leute in Seidenbetten — oder ihr Genießer bei den weißen Huren im Nachtkabarett — denkt ihr mal dran, auf wessen Schultern ihr lebt? Und wenn der Titan Proletar sich einmal schütteln würde — was dann? Dann gäbe es ein wirtschaftliches und ein politisches Erdbeben, in den Büchern der reichen Leute steht was vom „Roten Gespenst“. Das geht immer um, durchs Gewissen aller Ausbeuter.

Nach sechs Wochen war die neue Gasrohranlage fertig. Der Gasdruck war in allen Häusern stärker geworden, grün brannte das Leuchtgas — grün und hell. Und lustig spritzte das Brenngas — blaugelbgrün unter der Pfanne. Gnädige Frau in der Villa hatte der Köchin befohlen: „Anna, braten Sie meinem Gatten eine Taube, 'ne rechte fetter.“ Im Proletenbaufe aber — im sechsten Stockwerk — da gukten die Kinder unter eine andere Pfanne — und die Kinder jucheten: „Hui, Mutter!, wie brennt das Gas so lustig und so hell, es zwitschert sogar. Und was lag bratend in dieser Proletenpfanne? Fritadellen. Fritadellen vom alten Pferd. Und was wird aus den alten Arbeitern? Ach, reden wir nicht davon — uns wird das Herz schwer.“

In den Herrschaftsgärten blühen die Rosen, aber Gewitterwolken ziehen über die Welt. Hei, wenn es nun mal rot blühen und proletarisch donnern würde? Was dann? Was dann? M. Dortu.

Der Achtstundentag ist eine Wohltat für die Arbeiter

Das Tageblatt der französischen Gewerkschaften „Le Peuple“ hat sich vor einiger Zeit mit folgendem Fragebogen an eine größere Anzahl Volkswissenschaftler und Politiker aller Richtungen, an Landwirte, Industrielle usw. gewandt, um genauere Unterlagen über die Durchführung des Achtstundentages in Frankreich zu erlangen:

1. Glauben Sie, daß durch den Achtstundentag ein sichtbarer Erfolg erzielt wird?
2. Glauben Sie, daß die Verhältnisse der neuzeitlichen Arbeit mit den früheren langen Arbeitszeiten in Einklang zu bringen wären?
3. Ziehen Sie die Durchführung des Achtstundentages oder die 48-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag vor?
4. Glauben Sie, daß es im Rahmen des Achtstundentages möglich ist, die Produktion zu fördern?
5. Sind Sie der Ansicht, daß die in den amerikanischen Ford-Werken angewandten Grundsätze, die dahin zielen, die Verbrauchskraft des Arbeiters zu beheben, auch auf die französische Industrie angewandt werden könnten?

Die zahlreich eingegangenen Antworten ergeben in zusammengefügter Form das folgende Bild:

1. Die früheren Arbeitsminister Justin Godart und Paul Strauß erklären, das Achtstundentagesgesetz sei nach reiflicher Beratung zustande gekommen, an der auch die Arbeitgebervertreter teilnahmen. Der frühere Arbeitsminister Durafour weist auf die guten Erfolge hin, die in sittlicher Beziehung der Durchführung des Achtstundentages zu verdanken sind. Eine Vermehrung der Produktion könne weder durch niedrige Löhne noch durch längere Arbeitszeit herbeigeführt werden. Arthur Fontaine, der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, sagt, der Achtstundentag sichert jedem Lohnarbeiter ausreichende Freizeit, die es ihm ermöglicht, im besten Sinne des Wortes ein Mensch zu sein, d. h. ein Geist und ein Herz, dem nichts Menschliches fremd bleibt. Er erhält die Möglichkeit, sich bemüht und gründlich seiner Familie, seinem Vaterlande, den Belangen der Menschheit zu widmen und sich eine Kultur anzueignen, die ihm ein höheres und stärkeres Vergnügen bereitet als die Vermehrung materieller Freuden, nachdem einmal die niedrigsten Bedürfnisse befriedigt sind.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, antwortet:

Stellt nicht der Achtstundentag für die große Masse der Arbeiter das Ende der chronischen Ueberarbeitung dar, die so niederdrückend wirkt, aber auch eine Verbesserung des Gesundheitsstandes, da die Arbeit nicht nur sauberer wird, weniger den Alkoholgenuß fördert, die Möglichkeiten der Unfälle vermindert, sondern auch das Wohnen außerhalb der Stadt den Genuß eines kleinen Gärtchens und seine Pflege ermöglicht? Hilft er nicht das Familienleben wiederherstellen, die Teilnahme am sozialen Leben auch für den Arbeiter ermöglichen, und zwar unter normalen Verhältnissen und ohne seine Kräfte übermäßig in Anspruch zu nehmen, wie an den Zusammenkünften seiner Gewerkschaft, an Versammlungen, Vorträgen, Schauspielen? Fördert er nicht die berufliche Fortbildung, die Bildung überhaupt, die Erweiterung seines geistigen Lebens? Hilft er nicht das Dasein von Millionen verschönern und besser gestalten, und zwar von Millionen menschlicher Wesen, die durch ihn die Möglichkeit erhalten, das höchste Gut des Menschen kennenzulernen und sich anzueignen: wahre Geistigkeit. Wer könnte angesichts dieser offenkundigen Tatsachen, die heute allgemein anerkannt werden, bestreiten, daß der Achtstundentag einen sozialen Fortschritt darstellt? Er bedeutet aber noch erheblich mehr. Er ist an sich schon eine Revolution, ein Umsturz im täglichen Leben, in der Erkenntnis der Menschen. Er ist die Grundlage einer neuen Zivilisation.

Fast alle Betriebsleiter, die sich zu der Frage äußerten, erklären, daß der Achtstundentag einen sozialen Fortschritt darstellt, und zwar meist ohne Vorbehalt. Sie nennen ihn einen „offenkundigen sozialen Fortschritt“, einen „wirklichen“, „bedeutungsvollen“ Fortschritt; „ohne Schädigung für die Arbeitgeber“, fügt der Besitzer der „Forges und Fonderies de la Marine“ hinzu. Andere Arbeitgeber erklären: „Er ist eine Wohltat für das geistige und körperliche Wohlbefinden der Arbeiter“, „er hat zu einem tatsächlichen Rückgange des Alkoholismus geführt“, „die Arbeiter machen jetzt weniger blauen Montag“.

Einige weisen auch darauf hin, daß der soziale Fortschritt beim Achtstundentage davon abhängt, daß eine entsprechende Zunahme der Produktion eintritt, damit nicht die Preise steigen, und dadurch die Allgemeinheit geschädigt wird. In einigen Fällen wird bedauert, daß für die jahreszeitlichen Gewerbe nicht gewisse abweichende Möglichkeiten vorgesehen sind. In fünf Fällen stellen sich die Antwortenden auf den Standpunkt, daß man den Achtstundentag Personenweise hätte einführen müssen, um den gewünschten sozialen

Fortschritt zu erzielen. Sechs Arbeitgeber bedauern, daß die Arbeiter ihre Freizeit nicht besser zu ihrer Fortbildung ausnützen. In zwei Fällen wird auch über Trunksucht geklagt. Der Vorsitzende des Stahlartells dagegen erklärt, daß der Achtstundentag sich allgemein durchsetzt und nach seiner Meinung eine Wohltat darstellt. Nur einer, der Leiter der Gesellschaft „Chargeurs Réunis“, äußerte eine abweichende Meinung. Nach seiner Ansicht bedeutet der Achtstundentag „für die an Bord eines Handelsschiffes und im Seebdienst beschäftigten Leute keinen sozialen Fortschritt“.

2. Die Antworten auf die zweite Frage ergaben, daß nicht ein Arbeitgeber die Rückkehr zur früheren langen Arbeitszeit wünscht. Da heißt es, „die Verhältnisse haben sich geändert“, „früher wurde die Arbeit häufig unterbrochen“ oder „die aus dem Kriege zurückkehrenden Männer haben nicht mehr die frühere Widerstandskraft“. Oft wird gesagt, daß die heutige Technik eine derartige unausgesetzte Aufmerksamkeit bedinge, die mit langer Arbeitszeit unvereinbar wäre. Der Leiter eines Warenhauses meint, daß die wissenschaftlichen Fortschritte den industriellen Kreisen großen Gewinn brächten und daß hierauf auch die Arbeiter Anspruch haben. Oft auch wird betont, daß acht Stunden Arbeit genügen. Bisweilen heißt es, „acht Stunden wirklicher Arbeit“ oder „acht gut ausgenutzte Stunden“. Einige Unternehmer auch bezweifeln, daß die Produktion durch längere Arbeitszeit wesentlich vermehrt werden könnte und andere, die nach dieser Ansicht sind, erklären, daß die längere Arbeitszeit infolge der heutigen technischen Leistungsfähigkeit zur Ueberproduktion, Arbeitslosigkeit und zum Zusammenbruch der Unternehmungen selbst führen müßte.

3. In bezug auf die englische Arbeitszeit bzw. den freien Samstagnachmittag betonen viele Arbeitgeber, daß sie die 48-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag dem Achtstundentag vorziehen. Die Vorteile seien besonders für die Arbeiterinnen offensichtlich. Bisweilen auch wird geklagt, daß die Arbeiter den freien Nachmittag nicht gut verwenden, indem etliche die Zeit in der Kneipe zubringen, während andere ihre Arbeitskraft noch einem weiteren Arbeitgeber anbieten. Andere wiederum erklären, daß es sich hier um eine Frage handle, die nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien von Fall zu Fall entschieden werden müsse. So wird der Achtstundentag für alle Tage der Arbeitswoche aus praktischen oder technischen Gründen vorgezogen im Brauergewerbe, in der Glasmacherei, Färberei, bei öffentlichen Arbeiten, in der Gasherstellung, wie überhaupt in solchen Industrien, die im Schichtwechsel arbeiten oder die einer besondern Vorbereitung bedürfen, wie starke Heizung, Erzeugung von Dampf, usw. Der zweite Vorsitzende des Reedereiunternehmens „Chargeurs Réunis“ lehnt für die Arbeit an Bord der Schiffe beide Arten ab, vielmehr handle es sich dort darum, für etwaige Ueberstunden eine besondere Entschädigung zu gewähren.

4. Auf die Frage, ob sie es für möglich halten, die Produktion auch innerhalb des Rahmens des Achtstundentages zu fördern, sagen etwa drei Viertel aller Antworten, daß dies durchaus möglich sei „durch planmäßige Organisation und Verwendung von Maschinen“. Einige Unternehmer fügen hinzu: „und durch enger Zusammenarbeiten aller an der Produktion beteiligten Kräfte“. In zwei Fällen sagen die Unternehmer, man müsse den Produzenten an dem Ergebnisse seiner Arbeit teilnehmen lassen. In anderen Fällen wiederum wird gesagt, daß diese Erhöhung möglich sei, wenn die Arbeiter „wirklich“ arbeiten, wenn man „acht Stunden wirklich arbeitet und nicht mit acht Stunden Anwesenheit verwechselt“.

Vier Arbeitgeber allerdings glauben, daß die Produktion die gleiche geblieben ist. So erklärte der Leiter einer Fahrradfabrik, daß in vielen Fällen das Höchstmaß erreicht wäre. Aus der Wollweberei, in der die Standardisierung schon weit vorgeschritten ist, wird berichtet, daß die Produktion bei Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend dieser Verkürzung abnimmt. Dagegen meldet der Leiter einer Gummifabrik, daß ein moderner Betrieb seine Produktion infolge der Durchführung einer besseren Betriebsorganisation verdoppeln könnte. Der Direktor der Gas- und Elektrizitätswerke in Bordeaux betont, „drei Arbeiter leisten in je achtkündiger Arbeitszeit viel mehr als 2 Arbeiter, die 12 Stunden tätig sind“. Der Direktor einer Porzellanfabrik in Limoges erklärt mit Bestimmtheit, daß die Einführung des Achtstundentages an Stelle der zehnstündigen Anwesenheit täglich die Produktion um 25 Proz. vermehrt. Der Leiter eines der größten Bekleidungsunternehmen des Landes sagt, daß in seinem Unternehmen die Produktion nach dem Ueber-

gange vom Zehn- zum Achtstundentage eine Zunahme erfährt. Aus einer Glasfabrik in Bordeaux heißt es, daß die Arbeitszeit vor einigen Jahren noch 11 Stunden betrug, da der Leiter es für unmöglich hielt, die zu leistende Arbeit in kürzerer Arbeitszeit zu bewältigen. Heute wird dort der Achtstundentag gewissenhaft durchgeführt, aber die Produktion ist größer als damals. Auch aus einer anderen Glasfabrik wird berichtet, daß die Umstellung von der doppelten zur dreifachen Arbeitsschicht eine Zunahme der Leistung je Arbeiter und Tag zur Folge hatte. Der zweite Vorsitzende des Metallindustriellenverbandes in Toulouse erklärt: „durch Umstellung meiner inneren Organisation und stärkere Verwendung von Maschinen habe ich die Produktion verdoppeln können, obwohl die Zahl der Beschäftigten unverändert blieb und die Arbeitszeit verkürzt wurde.“

5. Stark gehen die Meinungen dagegen auseinander bei der Beantwortung der Frage, ob die bei Ford angewandten Grundsätze der Förderung des Verbrauches der Arbeiterkreise auch in Frankreich durchführbar erscheinen. Meist lauten die Antworten pessimistisch.

Dem Präsidenten des Eisenbahrates erscheint „die Umwandlung des französischen Arbeiters in eine Maschine“ völlig undurchführbar. Andere Unternehmer hingegen meinen, daß die Industrie sich bemühen müsse, die amerikanischen Methoden der intensiven Produktion zu übernehmen. In vielen Antworten wird darauf hingewiesen, daß es möglich sein würde, die amerikanischen Rationalisierungsmaßnahmen nachzuahmen und auch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie dort zu pflegen, doch glauben einige Unternehmer, daß es einiger Zeit bedürfen werde, um die Arbeiterschaft entsprechend anzupassen und zu erziehen. Allerdings dürfe man zwei Länder wie die Vereinigten Staaten und Frankreich mit ihren starken wirtschaftlichen und psychologischen Unterschieden nicht miteinander vergleichen. Insbesondere sei auf den Unterschied des Temperamentes Rücksicht zu nehmen, denn die auf Angelsachsen und Germanen anwendbaren Grundsätze dürften auf das französische Temperament nicht die gleichen Wirkungen ausüben. („Int. Rundschau der Arbeit“.)

Die Gefahr des Imperialismus

Wie ein roter Faden zieht sich der Imperialismus durch die Geschichte der Menschheit. Millionen von Menschen wurden auf dem Altar des Molochs Imperialismus schon geopfert; denn alle Kriege der letzten Jahrhunderte waren fast ausnahmslos der Endeffekt imperialistischer Bestrebungen dieses oder jenes Landes. Schon von altersher hat das Wort Imperialismus seine tragische Bedeutung. Das Wort „Imperium“ der lateinischen Sprache bedeutete wörtlich: Das Streben nach dem Weltreich. Das römische Reich, das die ganze alte Welt unterjochte, erhielt deshalb den Beinamen „Imperium-Romanum“, weltbeherrschendes Reich. Der Sinn des Wortes Imperialismus hat im Zeitalter des Hochkapitalismus einen anderen Klang erhalten. Spricht man heute vom Imperialismus, so denkt man dabei nicht sofort an die Westeroberung, sondern an die gewaltsamen Expansionsbestrebungen eines Landes, mit dem Zweck, dem Kapitalismus im eigenen Lande Vorteile zu verschaffen.

Die Methode, mit der der Kapitalismus seine imperialistischen Tendenzen durchführt, beruht in der Kolonialpolitik. Die kapitalistische Wirtschaft will vorkapitalistische Gebiete erschließen. Der Kapitalismus will die dort herrschende Wirtschaft zerschlagen, um die kapitalistische einführen zu können. In der Öffentlichkeit wird für die Kolonialpolitik mit dem Motto: „Schaffung neuer Absatzmärkte“ Propaganda gemacht. Man will dem edlen Bürger vorschwätzen, daß alle Wirtschaftsmisere auf das Fehlen von Absatzmärkten beruht, und daß die einzige Rettung der Imperialismus, die Eroberung von Kolonien ist. Auch in Deutschland regen sich solche Kräfte. Sie treten nur nicht allzu stark in Erscheinung, da sie durch den Versailler Friedensvertrag in ihrer Wirksamkeit beschränkt sind. Trotzdem wollen wir hier feststellen, daß die Eroberung eines vorkapitalistischen Landes noch keinen neuen Absatzmarkt schafft. Dies kann nur der Fall sein, wenn ein solches vorkapitalistisches Land selbst über überschüssige Waren verfügt, mit denen ein Austausch erfolgen kann. Ein derartiger Warenaustausch bedeutet aber keine Lösung des Absatzproblems. In Wirklichkeit findet bei den neu erschlossenen Ländern überhaupt kein nennenswerter Austausch statt, da diese Länder fast nie Ueberfluswirtschaft haben. Kolonien erfüllen also vorerst nie den Zweck eines Absatzmarktes. Die kapitalistische Wirtschaft muß also andere Ziele haben, wenn sie neue Gebiete betritt. Dieses sehen wir in der Zerschlagung der dort herrschenden Wirtschaft zugunsten der kapitalistischen Wirtschaft. Zuerst bemächtigt man sich der Rohstoffquellen; jedoch nur dann, wenn eine Verbilligung der Produktionskosten eintritt, wenn man seine Waren billiger herstellen kann. Dazu sind vor allem die Kolonialarbeiter notwendig, die durch ihre billige Arbeitskraft eine Ausbeutung von Rohstoffquellen erst profitabel machen. Da aber in den Kolonien keine Arbeiter vorhanden sind, weil sie über ihre eigene Wirtschaft verfügen und nicht das Bedürfnis verspüren, Lohnarbeiter zu werden, kommt es fast immer zu revolutionären Erhebungen, die wir jetzt beispielsweise in China erleben. Der chinesische Arbeiter wehrt sich gegen die Zerstörung seiner eigenen Wirtschaft durch den Kapitalismus. Um seinen Willen durchzusetzen, wendet der Kapitalismus Gewalt an, importiert Militär in die Kolonien zur Niederhaltung der sich sträubenden Arbeiter. Mit welcher Grausamkeit man dabei vorgeht, haben wir erst vor kurzer Zeit im Marokkrokrieg erlebt, in welchem Frankreich und Spanien die Rifkabylen unterwarfen. Die koloniale Ausdehnung muß naturgemäß immer zu einem Krieg führen, da sofort das Arbeiter-

problem wachgerufen wird. Die sich wehrenden Kolonialarbeiter sind notwendig, sie müssen dem Kapitalismus untertan sein, da sonst die Aufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich ist. In Einzelfällen setzt der Kapitalismus seinen Willen ohne militärische Macht durch. Dies ist deshalb möglich, weil man dem Kolonialarbeiter die Existenz raubt, so daß er gezwungen ist, für den Kapitalisten zu arbeiten. In der Regel läßt sich dieses Ziel aber nur erreichen, wenn der Kapitalismus Gewalt anwendet. Die letzte Phase wird immer die der Kolonisierung, die der Eroberung des Landes sein. Ein anderer Weg ist die Einführung von Kapital, in Gestalt von Maschinen, Eisenbahnen und Gebäuden. Dieses Vorgehen wird sehr beliebt, wenn in den kapitalistischen Ländern Depressionen vorhanden sind, also ein relativer Kapitalüberschuß herrscht, der dann in die Kolonien exportiert wird, um eine höhere Profitrate zu erbringen. Im Mutterland findet ein Ueberfluß statt, der die Wirtschaft wieder auf die aufsteigende Linie verhilft. Die Vereinigten Staaten befinden sich in den Nachkriegsjahren in diesem Stadium des Kapitalüberschusses. Ein großer Teil des europäischen Goldes ist in die Kassen der Wall Street, dem Hauptsitz der Weltfinanz, geflossen. Es dort sorgsam bewacht ruhen zu lassen, bedeutet, es zinslos, also nutzlos zu besitzen. Aus diesem Grunde exportiert man es in die ganze Welt, um Profite zu erhalten. Auch Deutschland hat davon in starkem Maße Gebrauch gemacht. Aber nicht immer ist ein Einfluß ausländischen Kapitals erwünscht. Wir sehen dies an dem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. In Amerika herrscht eine starke Nachfrage nach Öl. Die Ölfelder der Vereinigten Staaten werden in circa 20 Jahren erschöpft sein. Der Kapitalismus der U. S. A. sieht deshalb eine Besitzergreifung der mexikanischen Ölfelder als eine besonders günstige und profitable Angelegenheit an, gegen die sich die Mexikaner wehren, so daß es bald zum offenen Konflikt gekommen wäre. Der Drang also, Kapital abzustößen und billige Rohstoffe zu haben, ist der Grund für die Eroberung der Kolonien. Die Ursache kolonialer Bestrebungen ist immer die Kapitalanlage-sphäre oder die Gewinnung von Rohstoffen. Diesen Drang bezeichnet man als Expansion. Für das Mutterland bedeutet eine Expansion in der Gestalt Vorteile, daß sich die Profitrate erhöht, da in den Kolonien die Arbeitskräfte niedrig entlohnt werden, die Rohstoffe billiger sind, die Arbeitszeit von unbeschränkter Dauer ist und soziale Leistungen oftmals überhaupt nicht gewährt werden.

Für uns ist nun wesentlich, ob auch die Arbeiterschaft Interesse an der Erschließung von Kolonien hat. Wir können klipp und klar sagen, daß die Arbeiterschaft niemals Befürworter der Kolonialpolitik sein kann. Die Gesamtarbeiterschaft kann niemals Interesse daran haben, daß andere Arbeiter mehr ausgebeutet werden als sie selbst. Vom internationalen Standpunkt aus gesehen hat sie Interesse daran, daß alle Arbeiter dasselbe Lohnniveau haben, da sonst die internationale Lohnhöhe herabgedrückt wird durch die Konkurrenz der Kolonialarbeiter. Oftmals wird der Einwand gemacht, daß zur Erreichung der sozialistischen Wirtschaft eine bestimmte ökonomische Entwicklung notwendig ist, die sich auch auf die Kolonien bezieht. Sind nun Kolonien für die kapitalistische Wirtschaft notwendig? Vom marxistischen Gesichtspunkt muß man diese Frage verneinen. Der Kapitalist betreibt Kolonialpolitik, um Vorteile für sich herauszuschlagen. Der Kapitalismus wird auch weiterhin bestehen, ohne Kolonien. Die Wirtschaft gleicht sich selbst aus. Die Kolonien sind

von Vorteil, aber nicht lebensnotwendig. Der Vorteil des Besizes von Kolonien ist für die Arbeiter der, daß die Wirtschaft schneller zur Umänderung in eine gesellschaftliche reif und daß die Rationalisierung beschleunigt wird. Diesen Vorteilen stehen aber große Nachteile gegenüber, die ihre Ursache darin finden, daß eine kapitalistische Wirtschaft nie zur sozialistischen wird. Es müssen die geeigneten Kräfte vorhanden sein, die die Umstellung bewirken. Außer den ökonomischen müssen auch die soziologischen Vorbedingungen vorhanden sein, die eine Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische ermöglichen. Würde das Proletariat zum Verfechter der Kolonialpolitik, so würde es zum Förderer der kapitalistischen Wirtschaft und damit unfähig, die soziologischen Vorbedingungen für die sozialistische Wirtschaft zu schaffen. Das Proletariat braucht nicht die Wirtschaft vorwärts zu treiben, weil sie sich selbst entwickelt, es muß die sozialistische Wirtschaft vorbereiten.

Ohne Zweifel ist die Ueberführung der Theorie in die Praxis äußerst schwierig, da Unternehmer und Arbeiter häufig gleiche Interessen haben, sei es der Wunsch nach einer guten Konjunktur, der Versuch, Krisen zu vermeiden und zu mildern, oder sei es das gemeinliche Produzenteninteresse. Diese Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter darf nicht unterschätzt werden. Sie macht sich auch stark bemerkbar in dem Ruf nach Wirtschaftsdemokratie, die dem Arbeiter die Mittel in die Hand geben soll, die Wirtschaft einmal selbst zu übernehmen. Die Interessengemeinschaft und die Mitbestimmung in der Wirtschaft läßt vielleicht manche Arbeiter zum Befürworter der Kolonialpolitik werden, da diese Vorteile in ihr erblicken. Diese sieht man in der Praxis darin, daß die Arbeiter aus den Depressionen der Wirtschaft herauskommen und daß die Verbilligung der Rohstoffe eine Rationalisierung in den Konkurrenzbetrieben bedingt. Man sagt deshalb mit Recht, koloniale Ausdehnung hat eine Verbilligung der Preise und die Erhöhung der Reallohne zur Folge. Für das einzelne Land hat die Kolonie den Vorteil, daß die Industrien konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt werden; vorausgesetzt, daß sie die Rohstoffe aus den Kolonien billiger beziehen als die übrigen Konkurrenzländer. Ein wichtiger Faktor für die koloniale Expansion sind die Zölle. Diese werden bei der Einführung der Produkte aus Kolonien erspart. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kolonien, ökonomisch gesehen, nur dazu erobert werden, um aus ihnen Vorteile zu ziehen. Die Kolonien gehören nicht zur eigenen Volkswirtschaft, sie sichern nur dem eigenen Lande eine hohe Profitrate. Doch sprechen auch in der Praxis nicht alle Momente für eine Kolonialpolitik im positiven Sinne. Die Verbilligung der Produktionskosten, die Steigerung des Reallohns ist nur durch die Ausbeutung der Kolonialarbeiter möglich. Der Arbeiter hat aber daran kein Interesse, da die niedrigen Löhne der Kolonie die des Mutterlandes beeinflussen. Würde die Arbeiterschaft über diese Wechselwirkung hinwegschreiten, so würde sie engstirnige Gruppenpolitik betreiben und das Prinzip der ökonomischen Politik der Arbeiterklasse durchbrechen: „Bereint schlagen.“ Also die gemeinsame Erhöhung der Löhne ist die praktische Forderung der Arbeiterklasse; denn ein tiefes Lohnniveau einzelner Gruppen drückt das Gesamtlohniveau der Arbeiter aller Länder.

Aber nicht immer sind ökonomische Interessen die Förderer der Kolonialpolitik. Häufig werden Kolonien aus Prestige Gründen erworben; auch militärische Interessen sind hin und wieder maßgebend, wie z. B. die Herrschaft Englands über Gibraltar, das als Flotten- und Kohlenstützpunkt für das Mutterland von großer militärischer Bedeutung ist. Um derartige Stützpunkte entwickeln sich oft große Kämpfe. Während die vom Mutterlande angewandten Mittel gegenüber der Kolonie häufig ziemlich gering sind, entstehen zwischen verschiedenen Ländern um eine Kolonie Riesenkämpfe. Und darin liegt die Gefahr, die Kolonien bieten. Um so stärker treten solche Kämpfe in Erscheinung, wenn es sich um Kolonien mit bedeutenden Rohstoffquellen handelt. Die Mißstimmung zwischen England und Rußland besteht fast ausschließlich in den gleichlaufenden Interessen an den Rohstoffquellen Asiens. Wesentlich für uns als Arbeiterklasse ist aber, daß die imperialistische Politik dazu führt, daß jedes Land danach strebt, über die größte Macht zu verfügen, um in dem Kampf um Kolonien von vornherein als größte Macht dazustehen. Die unvermeidliche Folge einer derartigen Politik ist das Wettstreiten. Lassen wir uns nicht durch die Abrüstungskonferenzen täuschen. Die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz hat wohl beschlossen, große Schlachtschiffe abzubauen. Die Praxis des Weltkrieges hat gezeigt, daß derartige große Schiffe im Verhältnis zu ihren Kosten sehr wenig Nutzen bringen. Das Schwergewicht liegt bei den kleinen Schiffen. Von einem Abbau von kleinen Kreuzern, Torpedo- und U-Booten ist in Washington abgesehen worden. Das Fazit dieser Konferenz war also, Abbau von großen

Schiffen zur Vergrößerung der Anzahl der kleinen Schiffseinheiten. Weiter wissen wir, daß sich die Abrüstungskonferenz in Genf verlagert hat, ohne irgendwelche positive Beschlüsse zu fassen. Die wenigen Arbeitervertreter, die auf dieser Konferenz zugegen waren, haben erklärt, daß man eher von einer Aufrüstungs- als Abrüstungskonferenz sprechen könnte. Bei einer Betrachtung des Imperialismus muß man auch daran denken, wie viele Arbeitskräfte und Werte dem Lande durch die Rüstungen entzogen werden. Diese unnötigen Kosten werden aus den Steuergroschen der Arbeiterschaft bewerkstelligt. Viel schlimmer aber ist, daß das Ergebnis des Wettstreitens immer der Krieg ist. Die imperialistischen Gegensätze entzündeten sich immer einmal, sei es der Kampf um eine Kolonie oder Kriege der imperialistischen Länder untereinander um Kolonien. Wir wissen, daß die Kolonialkriege zu den alltäglichen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft gehören; denn sie sind immer vorhanden. In Größe verschwinden sie aber hinter denen, die die imperialistischen Länder untereinander führen.

Die Arbeiterklasse lehnt diese imperialistischen Kriege ab, da sie am meisten von ihnen betroffen wird. Die Arbeiter sind unmittelbar am Kriege interessiert, weil sie das Hauptkontingent der Soldaten stellen. Weiterhin müssen sie die Kosten des Krieges tragen; auch haben sie unter dem Rückgang der Produktivität zu leiden. Die Produktionskraft wird durch den Krieg stark geschwächt, und es findet ein unproduktiver Verschleiß von Werten statt. Das Volkvermögen erleidet Einbuße durch die Kriegsanleihen. Damit geht Hand in Hand eine Verringerung der Produktivkraft. Trotz aller Versuche, die imperialistischen Gegensätze zu schlichten, d. h. den Krieg auszuschalten, stehen wir immer vor neuen Kriegen. Die internationalen Schiedsgerichte haben noch nicht die Kraft, die militärischen Rüstungen aufzuheben. Natürlich sollen damit die Schiedsgerichte und der Völkerbund nicht als überflüssig hingestellt sein. Sie sollen Instrumente werden, die einstmals die Kriegsgefahren beseitigen. Wann dies der Fall sein wird, hängt von dem Einfluß ab, den die Arbeiterklasse in diesen Instanzen geltend machen kann. Wenn die Regierungen der einzelnen Länder konservativ eingestellt sind, wie es im Augenblick der Fall ist, so gleicht der Völkerbund einer Null. Der Völkerbund wird erst dann seinen Zweck erfüllen, wenn die Mehrheit der Länder sozialistisch sein wird. Solange dies nicht der Fall ist, muß die Arbeiterklasse in puncto Imperialismus außerparlamentarisch wirken. Sie muß sich mit aller Schärfe gegen die Kolonialpolitik der Länder wenden, wenn sie sich nicht für die Rüstungen und Kriege verantwortlich machen will. Die Arbeiter jedes Landes müssen auf ihre Regierung einwirken, daß sie keine Kolonialpolitik betreibt. Weiterhin müssen wir die pazifistischen Strömungen unterstützen. Wir müssen durch Aufklärung eine moralische Sphäre schaffen, die uns hilft, den Imperialismus schneller zu überwinden. Besonders der Jugend müssen die verhängnisvollen Wirkungen eines Krieges, aber auch die Ursachen übermittelt werden, damit sie nicht plötzlich einmal ein Objekt kapitalistischer Habgier wird.

Er ich Eichhorst.

◆ Internationale Rundschau ◆

Die englischen Gemeindegewerkschaften und das neue Gewerkschaftsgesetz. Das reaktionäre Gewerkschaftsgesetz der englischen Tory-Regierung, über das hier schon mehrfach berichtet wurde, hat im besonderen auch die Staats- und Gemeindegewerkschaften empfindlich getroffen. Die Arbeitnehmer der staatlichen Selbstverwaltung hatten bisher ebenso wie andere Arbeitnehmer das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die gewerkschaftlichen Mittel der Selbsthilfe anzuwenden. Darüber hinaus konnten die Gemeindevewaltungen nach ihrem Belieben nur gewerkschaftlich Organisierte oder Nichtorganisierte beschäftigen. Einige von diesen Selbstverwaltungskörpern, in denen die Arbeiterpartei die Mehrheit hatte, haben die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft zu einer Bedingung für die Einstellung gemacht. Der 6. Artikel des neuen Gewerkschaftsgesetzes verbietet einer kommunalen oder einer anderen öffentlichen Behörde, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zur obligatorischen Bedingung für die Einstellung zu machen. Fernerhin macht sich jeder Angestellte einer Gemeindevewaltung, der seinen Arbeitsvertrag bricht und weiß, daß die voraussichtliche Folge seines Verhaltens eine Behinderung der behördlichen Tätigkeit sein wird, eines strafbaren Vergehens schuldig. Das gilt nicht nur bei kollektivem, sondern auch beim Vorgehen eines einzelnen. Damit werden Streiks von Angestellten der Selbstverwaltungskörper praktisch unmöglich gemacht. Die Beteiligung an einem Streik wird mit einer Geldstrafe oder mit 3 Monaten Gefängnis (für diejenigen, deren Anstellungsvertrag noch nicht abgelaufen ist) bedroht. Schließlich ist auch den Staatsbeamten verboten, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, die mit dem Gewerkschaftskongress oder der Arbeiterpartei in Verbindung steht. Pa.

Bildungsarbeit

Unsere Verbandsferienreise: Dresden, Prag, Wien, Salzburg, München, Nürnberg

Auf der Fahrt München—Berlin, am 29. August 1927.

I.

Lieber Leser! Ich will dich nicht neidisch machen, aber es sei dir gesagt: Soweit du nicht Teilnehmer dieser Reise warst, hast du eine Unterlassungssünde begangen (die bekanntlich die schwerste Sünde ist). Du kannst nur Absolution bekommen, wenn dein schwacher Geldbeutel die hundert Mark nicht aufbringen konnte, die nun einmal erforderlich waren für die Durchführung der Reise. Aber ich will mich trotz der Verlockung nicht verhimmelnd der Begeisterung hingeben, sondern — was freilich schwerer ist — versuchen, dir einen schwachen Abganz des Bildes wiederzugeben, das wir Reisetilnehmer unauslöschlich von dieser Reise in unserem Herzen tragen.

Noch sind die Erinnerungen frisch und der dahinsausende Zug ist gerade in der schönen fränkischen Ebene. Der Staffelsein grüßt zu mir herüber, die Sonne stimmert hernieder, die vielen Obstbäume und auch die Weinberge dieser reichen Gegend sind schwer beladen mit Früchten und das sanfte Schaukeln des Wagens soll meine Phantasie bestärken, um Geschautes wieder zu gestalten. Aber wo beginnen, und wo enden? . . . Ach, der Eindrücke sind so viele und mannigfaltige, daß man schier erdrückt wird von den Erinnerungen, die einströmen. . . .

Am Sonnabend, dem 20. August 1927, ging für die meisten Teilnehmer die Ferienfahrt los. Dresden, unser erstes Ziel, empfing uns dreißig Berliner mit freundlichem Gesicht. Der Himmel war zwar ein wenig trübe, hellte sich aber bald auf, und nach einer Magenstärkung im Volkshaus ging's bereits zur Besichtigung der Papieraussstellung. Was kann man sich wohl unter einer Papieraussstellung vorstellen? Es gab dort vielerlei zu sehen: von dem Herstellungsprozeß des Papiers über die Zellulose bis zum Buch und zur Zeitung. Leben wir nicht beinahe im papiernen Zeitalter? In dieser Ausstellung konnte man den Siegeszug des Papiers sehen von den ältesten Zeiten der Ägypter, Chinesen, Japaner bis in unsere Zeitenfolge. Der Freistaat Sachsen ist wohl das Land der größten und zahlreichsten Papierfabriken der Erde geworden. Aus den kleinsten, idyllisch gelegenen Tälern Sachsens sieht man oftmals große Schloten ragen, die zur Kraftentfaltung für die Papierbereitung erforderlich sind. . . .

Schnell verging der Nachmittag, und um 8 Uhr ist der erste Begrüßungs- und Unterhaltungsabend, den unsere Filiale Dresden in dankenswerter Weise einfach aber würdig arrangiert hat. Kollege Förster schildert kurz vor den hundert Reisetilnehmern die glanzvolle Entwicklung der Dresdener Filiale sowie die Bildungsbestrebungen, wie sie die Filiale Dresden und überhaupt die Dresdener Arbeiterkraft besitzt. Die Begrüßung durch den Hauptvorstandsvertreter galt gleichfalls den aus allen Teilen Deutschlands stammenden Reisetilnehmern. Es wurden dabei eine Anzahl technischer Hinweise gegeben für die Reisetilnehmer, die auch während der Gesamtreise dann im großen ganzen getreulich innegehalten worden sind. Frühzeitig begaben sich die Reisetilnehmer ins Quartier, wie in Vorahnung, daß ein Vorschub auf fehlenden Schlaf genommen werden mußte.

Am Sonntag, dem 21. August, wurde unter Führung von Dresdener Kollegen ein Rundgang durch die schöne Stadt unternommen, und viele Teilnehmer empfanden zum ersten Male, daß das Wort zu Recht besteht, Dresden, ein Elbflorenz. In verschiedene Gruppen teilte sich unsere Ferienschar: Ueber die Elbe ging es nach Dresden-Neustadt, später zu den hervorragendsten Sehenswürdigkeiten, u. a. auch der Hofkirche, in der gerade die herrliche Orgel intonierte, durch den Zwinger zur Brühlschen Terrasse und durch die wichtigsten Verkehrsstraßen.

Schon hier kam wohl manchem der Reisetilnehmer zum Bewußtsein, welsch ein Vorteil in einer organisierten Besichtigung liegt. Es galt, wie auf der ganzen Reise, das Wichtigste zu erfassen und das Nebensächliche zurückzulassen. Unsere Dresdener Kollegen haben sich ein Verdienst erworben durch ihre Führungen, die außerdem noch durch die bekannte besondere sächsische Liebenswürdigkeit verstärkt wurde. Aber wie es schon am Begrüßungsabend hieß: „Gang ist das Leben, und kurz ist die Freud!“ Nach dem Gemeinschaftsmahl im Dresdener Volkshaus ging es um 1 Uhr weiter mit der Bahn nach Wehlen. Dort wartete schon unser Sonderzweig, und

bei frohem Sang ging es elbaufwärts, an den schönsten Teilen der Sächsischen Schweiz vorüber. Bald grühten uns die steilen Felsen der Bastei. Der interessante Lilienstein taucht auf, Stadt und hohe Festung Königstein werden erreicht. Alles ist begeistert und schaut verückt auf die schöne Elblandchaft. Man möchte ganz gern schon hier ein paar Tage weilen, doch „fort muß man wieder, muß weiter zieh'n“. Zeitweilig haben sich die Reisefahrten auf der einen, dann auf der anderen Seite des Schiffes konzentriert. An uns vorüber rauschen die großen Elbdampfer, die Ufer zeigen das Gewimmel zahlreicher Sonntags-Freibadender, und mancher Nachen schwimmt an uns vorüber. Schon sind wir in Schandau. Die schöne Dampferfahrt ist zu Ende. Noch einmal können wir den berühmten sächsischen Kaffee genießen. Dann geht es mit dem D-Zug hinein in die schöne Landschaft Nordböhmens, und gegen 9 Uhr abends landen wir auf dem Masaryk-Bahnhof in Prag. In eiligem Tempo geht es zum Dovy-Dum (Arbeiterheim). Eine herzliche Begrüßung erfolgte durch den Stadtrat und unsere Kollegen, insbesondere durch den Verbandssekretär Gaube. Für die elf Ehepaare war zwar Quartier in den Hotels besorgt, die übrigen aber mußten sich in der deutschen Volksschule mit Massenquartier begnügen. Es ging dort natürlich zunächst sehr laut und lustig zu. Im Turnsaal schliefen etwa 40 Männlein, während die Kolleginnen in zwei Klassenzimmern einquartiert waren. Das gab natürlich ein mächtiges Hallo. Die „alten Knochen“ wurden lebhaft an ihre Militär- und Kriegszeit erinnert, während die jungen Burschen in den Jugendherbergen eine Parallele fanden. Es waren aber sauber bezogene Betten mit Decken und etwas hartem Untergrund. Der Reiz der Neuheit war jedoch so groß, daß erst nach 12 Uhr etwas Ruhe im Massenlager eintrat. Mancher schwang sich im Hemd schnell noch einmal auf die Kletterstange oder auf den Barren, der als Garderobenschrank dienen mußte. Ungeübte machten Klimmzüge mit grimmigem Gesicht, und unsere Kolleginnen sorgten insofern für Sensation, als sie zur Toilettenvervollständigung noch einmal durch den Männeraal schritten. Aber ein jeder fand sich mit gutem Humor in die eigenartige Situation. Nur war dadurch der Schlaf etwas zu kurz geraten; denn bereits nach 4 Uhr rumorten die ersten herum und ruhten nicht, bis alles aus den Betten war.

Am Montag, den 22. August, frühmorgens, begann die Rundfahrt mit vier großen städtischen Omnibussen unter Führung unserer Prager Kollegen. Eine Fülle von Eindrücken wurde uns auf dieser Fahrt vermittelt. Es ist leider nicht möglich, im Rahmen dieser flüchtigen Skizze all die historischen Sehenswürdigkeiten Revue passieren zu lassen, die uns durch die deutschsprechenden sachkundigen Führer erläutert wurden. Die ältesten Kirchen, das Schloß und der St.-Veits-Dom sowie die Räume und die Festsaal des jetzigen Präsidenten Masaryk wurden im Innern eingehend besichtigt, ebenso einige große Parks und Schlösser. Fast bis gegen 2 Uhr dauerte diese Rundfahrt, und mit Herzen voller Begeisterung, aber recht hungrigem Magen, ging es dann zurück ins Arbeiterheim, wo wir zum Glück unsere Tafel bereits gedeckt voranden. Am Nachmittag teilten sich die Gruppen. Die eine besichtigte eine große Heilanstalt in der Nähe Prags, die andere ein Elektrizitätswerk, eine dritte Gruppe ging in das Landesmuseum. Ein entsetzlicher Platzregen ermöglichte leider einen Spaziergang in den Straßen nicht. Er störte zum Glück unser Programm in diesem Falle nicht wesentlich.

Der Abend im Volkshaus wird allen Reisetilnehmern sicher unvergesslich sein. Unsere Prager Vorstandskollegen sowie einige Verbandsfunktionäre waren erschienen. Kollege Kander, der Vorsitzende unserer tschechisch-slowakischen Bruderorganisation, hielt eine längere Ansprache, die vom Verbandskollegen Gaube ins Deutsche übersetzt wurde. Unser Vorstandsvertreter verwies auf den Sinn dieser Ferienreise, die sich mehr und mehr, wie auch in weiterer Folge, zur Studienreise entwickelte. Eine wundervolle, eigenartige Schrammelmusik verklärte den Abend insbesondere durch deutsche und tschechisch-slowakische Volkslieder sowie durch tschechische Kompositionen von Smetana und Dvorak. Aber pünktlich 10 Uhr (gerade im schönsten Moment) ging es heimwärts in unser Massenquartier; denn der nächste Tag begann für uns bereits wieder um 4 Uhr morgens, da unser Zug nach Wien bald nach 6 Uhr abging, und eine hundertköpfige Familie natürlich mehr Zeit zum Ankleiden und zum Frühstück braucht als der einzelne. Aber (wie übrigens auf der ganzen Reise), alles klappte glänzend. Auf dem Schulhofe wurden sogar noch von einzelnen in aller Frühe Freiübungen vorgenommen, in einer Ecke hatte sich sogar eine Barbierstube aufgemacht, in der sich freilich jeder selber bedienen mußte, und auch unsere Kolleginnen wurden verhältnismäßig schnell mit ihren Zöpfen fertig, soweit sie noch solche besaßen.

Unsere Jugend

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“

Von E. Ollenhauer.

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ wird unter den zahlreichen Ausstellungen dieses Jahres einen besonderen Platz einnehmen, denn sowohl ihre Organisation als auch ihre Idee sind eigenartig genug, um die Beachtung weiterer Kreise unseres Volkes zu finden.

Die organisatorische Eigenart besteht zunächst darin, daß wir es hier mit einem gemeinsamen Werk der deutschen Jugendverbände aller Richtungen und Weltanschauungen zu tun haben. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, die Spitzenorganisation von 95 deutschen Jugendverbänden mit mehr als vier Millionen jugendlichen Mitgliedern, ist der Hauptträger der Ausstellung. Ihm

Lehrlingsfürsorge in Wien Verschickung aufs Land

Jahr	Anzahl	Details
1918	1087 (nur m.)	Jede Figur bedeutet 250 Pflinglinge die aufs Land geschickt wurden
1919	4088 (nur m.)	m. männlich w. weiblich
1920	5472 (m. 4414 w. 1058)	
1921	5918 (m. 4588 w. 1330)	
1922	5257 (m. 3848 w. 1409)	O.L.D.
1923	5571 (m. 3879 w. 1692)	
1924	7616 (m. 4920 w. 2696)	
1925	9195 (m. 5531 w. 3664)	

stehen zur Seite die an der Jugendwohlfahrt beteiligten Ministerien des Reiches und der Länder, die öffentlichen und freien Körperschaften der Jugendwohlfahrt, Organisation der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Die finanzielle Hauptlast trägt das Reichsministerium des Innern, aber auch fast alle deutschen Länderregierungen haben materielle und ideelle Unterstützungen gewährt. So hat vor allem die preussische Regierung durch die Hergabe des Schlosses Bellevue und durch eine größere Beihilfe wesentlich zum Zustandekommen des Werkes beigetragen.

Die Ausstellung unterscheidet sich aber auch durch ihr äußeres Bild von anderen Veranstaltungen dieser Art. Es ist auf jede Verbindung mit geschäftlichen Absichten verzichtet worden, Privatfirmen sind an der Ausstellung nicht beteiligt. Bemerkenswert ist außerdem, daß sich die Ausstellungsleitung nicht damit begnügt hat, dem Besucher durch eine Fülle von Einzeldarstellungen der zahlreichen beteiligten Verbände ein Bild von der Bedeutung der durch die Ausstellung verfolgten Absichten zu vermitteln, sondern es wird eine Gesamtschau geboten, die lediglich gegliedert ist nach den sachlichen Gesichtspunkten des Ausstellungsplans. Einzelinteressen der Organisationen haben keine Berücksichtigung gefunden.

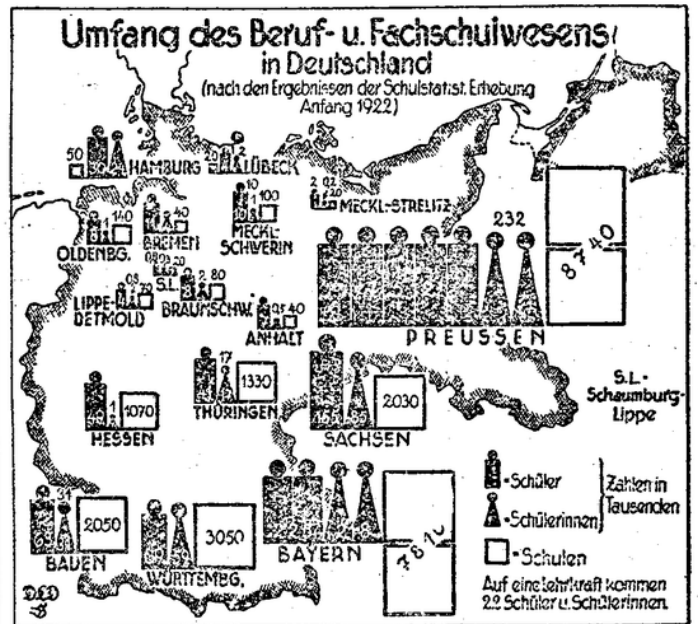
Diese starke Einordnung in ein gemeinsames Ganzes, wie sie hier von so verschieden eingestellten Verbänden, wie es die deutschen Jugendverbände sind, geübt worden ist, wird nur verständlich, wenn man die Geschichte und das Ziel der Ausstellung kennt. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände führt seit mehreren Jahren einen entschiedenen Kampf um die Freizeit der erwerbstätigen Jugend. Die deutschen Jugendverbände aller Richtungen und Bekenntnisse haben übereinstimmend die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sicherstellung einer ausreichenden täglichen und jährlichen Freizeit für die erwerbstätige Jugend von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Jugendberziehung und für die Zukunft des deutschen Volkes überhaupt ist. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, der seit Jahren als die selbstgewählte Spitzengruppenschicht der deutschen Jugend die gemeinsamen Angelegenheiten der Jugend behandelt, hat daraufhin die gesetzliche Regelung der Freizeitfrage in verschiedenen öffentlichen Rundgebungen verlangt. Das Ziel seiner Bemühungen ist die gesetzliche Festlegung einer Arbeitswoche für erwerbstätige Jugendliche und Lehrlinge, die 48 Stunden unter keinen Umständen überschreiten soll. In dieser Arbeitswoche soll vor allem die Zeit für den Besuch der Berufsschule und für die Erledigung der Aufräumungsarbeiten einbegriffen sein. Verlangt wird ferner die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf alle er-

werbstätigen Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, ein völliges Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher und die Gewährung eines freien Sonnabendnachmittags. Die schwerwiegendste Forderung ist jedoch das Verlangen nach einem gesetzlich festgelegten jährlichen Erholungsurlaub. Erwerbstätige Jugendliche bis zu 16 Jahren sollen drei Wochen, Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren je zwei Wochen bezahlten Urlaub erhalten.

Bei den Bemühungen um die Durchsetzung der Forderung ist immer wieder festgelegt worden, daß große Kreise des Volkes die Bedeutung dieser Frage nicht erkennen. Entweder man hält die Forderungen überhaupt nur für einen Ausfluß jugendlicher Ueberspanntheit oder man meint, es handle sich um egoistische Wünsche einer kleinen Altersgruppe, die selbstverständlich im Interesse des Ganzen zurückgewiesen werden müßten. Aber selbst in den Kreisen, die die Bedeutung der Frage klar erkennen, ist die Beurteilung der Tragweite der Forderungen sehr schwierig. Wir wissen bisher sehr wenig von den tatsächlichen Lebens- und Altersverhältnissen der erwerbstätigen Jugend zwischen 14 und 18 Jahren. Ist die soziale Lage der Jugend wirklich so bedrohlich, daß der geforderte erhöhte Schutz notwendig ist? Und dann: Ist bei der Erfüllung der Freizeitforderungen Gewähr gegeben, daß die vermehrte Freizeit nun auch tatsächlich zur geistigen, sittlichen und körperlichen Erleichterung der Jugend verwendet wird, oder ist nicht vielmehr zu befürchten, daß die Jugend mit einer vermehrten Freizeit nichts anzufangen weiß, so daß ihr neue Gefahren drohen?

Es ist die erste große Aufgabe der Ausstellung, diese Fragen einigermaßen erschöpfend zu beantworten und die Bedeutung der Freizeitbewegung der Jugend für das ganze Volk aufzuzeigen. Die ersten beiden Hauptteile der Ausstellung: „Die Bevölkerungspolitische, soziale und gesundheitliche Lage der Jugend, die freie und öffentliche Jugendpflege“ und „die Freizeit der Jugend“ sollen die Aufgabe erfüllen. Einige Zahlen seien mitgeteilt, die die Bedeutung des Problems erhellen. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung gibt es in Deutschland etwa 5,24 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren und 3,86 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Von den Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sind erwerbstätig in Bayern etwa 76 Proz., in Sachsen etwa 80 Proz., in Hamburg etwa 65 Proz. Schon diese Zahlen zeigen, in wie hohem Maße die Freizeitfrage eine Frage der ganzen deutschen Jugend ist.

Noch wichtiger für die Beurteilung der Bedeutung der Freizeitbewegung sind die Angaben über die Arbeitszeitverhältnisse der Jugendlichen. Die Ausstellung bringt hier Material in einem Umfang, wie es bisher noch niemals zur Verfügung stand. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände hat im Frühjahr dieses Jahres mit Unterstützung der Berufsschulbehörden eine Erhebung über die Lebensverhältnisse der berufsschulpflichtigen Jugend



durchgeführt, deren Ergebnisse in der Ausstellung verwertet worden sind. Es sind rund 200 000 Jugendliche in allen Teilen des Reichs, in Groß-, Mittel- und Kleinstädten befragt worden, so daß die Ergebnisse ein Durchschnittsbild von den tatsächlichen Zuständen geben dürften. Einige Zahlen seien hier angeführt. Von 91 507 befragten erwerbstätigen Jugendlichen aus 33 Großstädten hatten nur 63 Proz. eine 48stündige Arbeitszeit, 17,4 Proz. arbeiteten bis zu 54 Stunden, 11,8 Proz. bis zu 60 Stunden und 7,8 Proz. mehr als 60 Stunden.

den in der Woche. Von 107 201 Jugendlichen hatten 23,1 Proz. keinen Urlaub, 15,8 Proz. hatten bis zu 3 Tagen, 8,1 Proz. bis zu 5 Tagen, 33,1 Proz. bis zu 8 Tagen, 14,9 Proz. mehr als 8 Tage Urlaub im Jahr.

Sehr interessant sind auch die Angaben über das jetzt so stark propagierte Wochenende. Von 20 106 in der Industrie beschäftigten Jugendlichen hatten 63,4 Proz. bis 2 Uhr Arbeitschluß, von 20 114 im Handelsgewerbe beschäftigten Jugendlichen hatten 22,5 Proz. bis 2 Uhr Arbeitschluß und bei 21,1 Proz. lag der Arbeitschluß nach 7 Uhr abends. Von 26 447 im Handwerk beschäftigten Jugendlichen hatten 24,5 Proz. bis 2 Uhr Arbeitschluß, 11,9 Proz. erst nach 7 Uhr abends. Von 103 044 beschäftigten männlichen Jugendlichen mußte jeder achte Sonntagsarbeit leisten, von 54 661 weiblichen Jugendlichen fast jede siebente.

Lehnlich ungünstig wie die Ergebnisse der Erhebung über die Arbeitsverhältnisse sind aber auch die Zahlen über die Wohnungsverhältnisse. Von rund 150 000 befragten Jugendlichen hat jeder fünfte kein eigenes Bett. Jeder 16. Jugendliche schläft mit fremden Personen in einem Zimmer und jeder 200. mit fremden Personen in einem Bett. Der ernste Gesundheitszustand unserer Jugend ist so bekannt, daß die Ausstellung diese Tatsache nur durch neue Belege erhärten kann.

Wir sehen hier den ernststen sozialen Hintergrund der Freizeitbewegung. Wenn fast vier Fünftel der deutschen Jugend unter derartigen Umständen heranwachsen, dann hat die Freizeitfrage der Jugend aufgehört eine Jugendfrage zu sein, dann ist sie eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes.

Im zweiten Teil der Ausstellung legen die Jugendverbände Zeugnis ab von ihrem ernststen Bemühen um die gute Verwendung der Freizeit. Es kommen zur Darstellung die Arbeiten der Jugendverbände auf dem Gebiete der beruflichen und allgemeinen Fortbildung der Jugend in der Freizeit, Körperpflege und Leibesübungen in der Freizeit, Freizeitgestaltung durch Wanderungen und Ferienfreizeit, das Wander- und Ferienheim der Jugend, erwerbslose Jugendliche und Jugendpflege. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß von den 9,1 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren 3,6 Millionen, also knapp 40 Proz., durch die im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände zusammengeschlossenen Jugendorganisationen erfasst sind. Zu der Erziehungsarbeit der Verbände kommt aber noch die jugendpflegerische Arbeit, die Staat, Kommune, Berufsschulen, Kirche, Jugendpflegerorganisationen leisten oder fördern. So ist die Ausstellung auch ein Beweis für den Willen großer Teile der Jugend, ihre Freizeit förderlich zu verwenden, und wenn Staat und Kommune ein übriges tun und durch finanzielle Unterstützungen und durch Schaffung von Heimen und anderen Einrichtungen zur Förderung der Jugendarbeit die äußeren Voraussetzungen für eine gute Verwendung der Freizeit schaffen helfen, dann wird eine vermehrte Freizeit zum Segen des ganzen Volkes ausfallen.

So wichtig diese beiden Abteilungen der Ausstellung dadurch sind, daß sie schwerwiegendes und stichhaltiges Material über die Lebensverhältnisse der Jugend beibringen, so scheint mir doch die letzte Rechtfertigung für den Anspruch der Jugend, mit diesen Fragen an die breiteste Öffentlichkeit zu treten und die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen, erst durch die dritte Abteilung der Ausstellung gegeben zu sein. Sie handelt vom Kulturwillen der deutschen Jugend. Die Ausstellung macht hier den Versuch, eine Uebersicht zu geben über die Schöpfungen der jungen Generation unseres Volkes, die geboren sind aus ihrem Streben nach neuen Formen unseres Gemeinschaftslebens, nach einer neuen Kultur, die endlich alle Glieder unseres Volkes verbindet zum gemeinsamen Dienst im Volksganzen. Wir wissen selbst am besten, wie unvollkommen der Ausdruck dieses neuen Willens und Werdens auch in der Ausstellung noch ist, aber es mußte in diesem Zusammenhang davon gesprochen werden,

denn hier mündet das Schaffen der jungen Generation am sichtbarsten in das geistige Leben unserer Zeit. Hier stehen wir erst vor der entscheidenden Frage in der ganzen Freizeitbewegung, die der Ausgangspunkt der Ausstellung war. Es geht den Jugendverbänden nicht allein um die Behebung der persönlichen und sozialen Not der vielen einzelnen Jugendlichen, die sich ihrer Führung anvertraut haben, sondern es geht um das deutsche Volk von morgen. Diese junge Generation, die hier von ihrem Kulturwillen spricht, die in ihren besten Teilen getragen ist von ehrlichem, ernstem Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Staat, die bereit ist zur positiven Mitarbeit an der Befundung unseres Volkes, diese junge Generation ist das Volk von morgen, in ihre Hände wird die alte Generation die vielen Hoffnungen und Wünsche legen müssen, die ein würdiges Geschick ihnen unerfüllt zurückließ.

Die Ausstellung kann keinen schöneren Erfolg erzielen, als daß die verantwortlichen Kreise in Staat und Wirtschaft, in Kultur und Geistesleben die Bedeutung der Freizeit der Jugend und des geistigen und kulturellen Lebens der jungen Generation überhaupt von dieser Warte aus zu sehen. Die Jugend will nicht die kritiklose Annahme und Anerkennung ihrer Forderungen, sie will nichts Unmögliches, aber sie erwartet, daß die Frage nach dem Möglichen nicht entschieden wird vom Standpunkt des egoistischen Interesses einzelner Kreise. Alle unsere Hoffnungen dürfen sich nur einzig und allein orientieren am Gesamtwohl unseres Volkes. Und von dort aus gesehen ist die Freizeitfrage von so hoher Bedeutung, daß sie so schnell wie möglich gelöst werden muß.

Schließlich ist die Ausstellung durchaus nicht nur eine Ermahnung, sondern auch eine Ermutigung. Es wurde bereits eingangs erwähnt, daß sie das gemeinsame Werk aller deutschen Jugendverbände ist. Die Jugend aller Richtungen und Weltanschauungen hat sich hier zusammengefunden zu sachlicher Arbeit für eine notwendig erkannte Aufgabe. Man würde der Jugend einen schlechten Dienst erweisen, wollte man darin nur einen Zufallserfolg des Gedankens der Volksgemeinschaft sehen. Die Ausstellung hat mit einer Proklamation für die Volksgemeinschaft, die durch die Vertuschung der großen politischen und geistigen Gegensätze unseres Volkes geschaffen werden soll, nichts zu tun. Die Jugendverbände wollen durch das gemeinsame Werk der Ausstellung keine ihrer grundsätzlichen Verschiedenheiten aus der Welt schaffen oder verdecken, es wird im Gegenteil die ungeheure Vielgestaltigkeit der deutschen Jugendarbeit in der Ausstellung deutlich sichtbar werden. Trotzdem konnte das Werk gedeihen, weil neben der eigenen Ueberzeugung die Achtung vor der Weltanschauung oder politischen Auffassung des anderen und der Wille zur sachlichen Arbeit für eine wichtige Lebensfrage der Jugend standen. Das ist die große Hoffnung, die die Ausstellung in jedem wecken muß, der mit der Jugend die große geistige und kulturelle Not unserer Zeit empfindet, daß die großen Kämpfe der Zukunft um die Neugestaltung der politischen und sozialen Ordnung unseres Lebens geführt werden mögen in diesem Geist der Sachlichkeit und der gegenseitigen Achtung; denn erst dann wird der Weg frei für die Arbeit an einer Volksgemeinschaft. („Heimatlidienst.“)

Theaterarbeiter

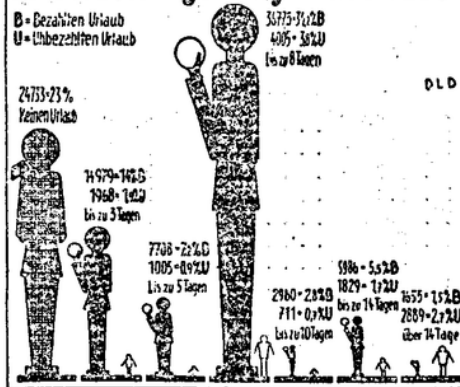
Was lehrt die Theaterausstellung Magdeburg dem Theaterbesucher?

3. Das Theater der Gegenwart. Dieser Teil der Ausstellung muß die Kollegen in seiner Fülle, wenn auch bunt durcheinander, noch stärker zu Vergleichen reizen. Wenn man ihn durchschreitet, wird man das Gefühl nicht los, hier kämpft das Bühnenbild der Gegenwart um seine Zukunft. Zunächst muß sich den Kollegen, die lange Jahre im Beruf stehen, die den Gebrauch der Gasbeleuchtung noch miterlebt haben, die ungeheure Entwicklung der Bühnentechnik mit seinen ungeheuren Lichtquellen ausdrängen. Weiter drängt sich der Vergleich auf von Inszenierungen eines Stückes an verschiedenen Bühnen. Man ist versucht zu fragen, was jedes einzelne kostet. Wie hat es gewirkt? Hat sich die Anschaffung bezahlt gemacht? Den Kollegen wird gezeigt, durch wieviel Stilkarten sie als Theaterarbeiter schon mitgewandert sind. Und wie extrem standen sich ihre Arten gegenüber, jedesmal ihre Begründung wechselnd.

Dem Theaterstück wird, nach neuerer Auffassung, durch die Schaubühne geschadet. Entfernt alles Beiwerk auf ihr. Laßt das Werk durch sich selbst wirken, den Autor und die Gestalter sprechen. Die Stilkühne erstand wieder. Wie war Reinhardt darin Meister, der durch Licht und Farbe eine Epoche bedeutete. Haben aber diejenigen nicht recht, die sagen, daß der Einbruch der bildenden, gestaltenden Kunst auf das Bühnenbild zu weit gehe?

Ist es nicht von der Hand zu weisen, daß das Gefühl sich einstellt, als wäre der ungeheure heutige Ausstellungsaufwand nötig, um schwache Stücke auf die Beine zu bringen? Oder stellt er „das letzte Aufgebot“ dar, die Flucht der Theaterbesucher ins Kino, Rundfunk, Sport gewaltsam aufzuhalten?

Dauer und Bezahlung des Urlaubs Erwerbstätiger Jugendlicher.



In bunter Folge wechseln die verschiedenen Inszenierungen. Eingestreut durch Figurinen und kleine Modelle, belehrten uns die verschiedenen Auffassungen der kostümlichen Gewandung. In erdrückend großer Zahl glänzen die Objekte der Gegenwart, um gleichsam den Einbruch in die Ueberlieferung des Hergebrachten abzuwehren. Durch die Desserri, Düsseldorfser und nicht zuletzt die Russen kündigt sich, wenn auch noch schüchtern, eine neue Kunstform an.

Die meiste Enttäuschung werden die Kollegen mit der Versuchsbühne erlebt haben. Sie erwarteten dort neue technische Wunder für den Bühnenbetrieb. Wunder geschehen nun eben nicht. Technische Neuerungen werden nicht jeden Tag erfunden. Die Kollegen von großen Theatern fanden das vor, was sie Bühnentechnisch in ihren Theatern schon kennen. Und doch werden vielen Kollegen beim Betrachten der neuen hydraulischen Züge Wünsche aufgestiegen sein. Sie sollten Gemeingut in jedem Theater werden und so den Kollegen vom Schnürboden die schwere Arbeit erleichtern. Die Versuchsbühne ist wohl hauptsächlich als Demonstrationszweck für die allgemeinen Besucher zu werten. Für sie ist die Vorführung einer modernen Horizontalbeleuchtung und Wolkenapparates eine Offenbarung.

Der für die Konferenzteilnehmer durch Herrn Direktor Hasait gehaltene Vortrag über moderne Bühnentechnik mit Lichtbildern findet durch die ausgestellten Modelle seine Ergänzung. Modelle von Bühnenbauten, die schon umgebaut, im Umbau begriffen oder des Umbaus warten. Es ist zuzugeben, daß die Vorteile einer Bühne, die technisch neu ist, auch Erleichterungen für die Arbeiter bringt.

◆ **Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

Ein Treffen unserer Reichswasserstraßenarbeiter am Nordostsee-Kanal. Vom Bezirksbureau Nordwest unseres Verbandes veranlaßt, trafen sich am Sonntag, dem 21. August 1927, zum ersten Male die Kollegen aller am N.W.B. beteiligten Verbände, von der Elbe und vom Nordostsee-Kanal, von Cuxhaven bis Holtenau-Kiel mit ihren Familienangehörigen zu einem gefälligen Beisammensein in Fischerhütte-Hademarschen am Nordostsee-Kanal. Trotz der ungünstigen Witterung war eine Beteiligung von zirka 1000 Personen zu verzeichnen, die unserem Rufe zu Wasser und zu Land gefolgt waren. Cuxhaven mit 400, Holtenau mit 400, Brunshüttelkoog, Oldenbüttel, Breiholz, Sehefiedt und Gr. Nordsee mit zirka 200 Personen. Hätten uns mehr Fahrzeuge zur Verfügung gestanden, würde die Teilnehmerzahl noch größer gewesen sein, haben doch leider an einigen Orten die Kollegen mit ihren Angehörigen am Landungssteg zurückgelassen werden müssen, da der von Holtenau kommende Dampfer keine Fahrgäste mehr aufnehmen konnte. Bedauerlicherweise war auch in Fischerhütte-Hademarschen kein genügend großes Lokal vorhanden, welches die gesamten Teilnehmer in sich aufnehmen konnte, so daß verschiedene Lokalitäten besetzt werden mußten. Dennoch behielt der Humor die Ueberhand und die Zeit bis zur Heimfahrt verrann nur allzusehnell. Die Oldenbüttler Kollegen hatten es sich angelegen sein lassen, für einen herzlichen Empfang der auswärtigen Kollegen zu sorgen. In anerkennungswerter Weise wurden die Dampfer „Neuwert II“ (Cuxhaven) und „Berlin“ (Holtenau) von der Verwaltung der Betriebsvertretung für die Belegschaft gegen Erstattung der Kosten zur Verfügung gestellt. Hierzu ist erwähnenswert, daß der christliche Verband, die „Wasserstraßen-Gewerkschaft“, durch ihren Vertreter Wiedemann in Cuxhaven versucht hat, dieses Entgegenkommen der Verwaltung zu inhibieren. Da die Antwort der Verwaltung nicht befriedigend ausfiel, wollte er nunmehr persönlich zum Reichsverkehrsministerium nach Berlin fahren, um von dort aus den Dampfer „stoppen“ zu lassen, wie er sich auszudrücken beliebte. Wenn unsere diesjährige Veranstaltung noch hier und da Mängel aufzuweisen hatte, so wird doch für das nächste Jahr genügend Vorarbeit geleistet werden, um jedermann mehr gerecht zu sein.

Können Arbeitnehmer bei Gewährung von Auswärtszulagen gezwungen werden, in fiskalischen Gebäuden zu übernachten? Jahrelang wurde unseren Kollegen im Bereiche des Reichswehrministeriums zugemutet, in fiskalischen Gebäuden zu übernachten. Bei Weigerung, diese minderwertige Uebernachtung, besonders auf den Truppenübungsplätzen, in Anspruch zu nehmen, wurde häufig Entlassung angedroht und auch in einem Falle in Lüneburg vorgenommen. Als Uebernachtungsgeld wurden stets 75 Proz. des Uebernachtungsgeldes in Anrechnung gebracht, obwohl diese Uebernachtung meistens in Massenquartieren erfolgte und das „Bett“ lediglich aus einem Strohsack nebst Decke bestand. Zurückzuführen war diese Maßnahme auf einen Erlaß des Deutschen Rechnungshofes, der wieder einmal entdeckt hatte, wieviel auf Kosten der Arbeiter dem Reiche erspart werden könne. Da nun aber die mit der Organisation vereinbarten Bestimmungen über Auswärtszulagen nichts enthalten, wo oder wie der Arbeiter zu übernachten hat, war die Verfügung des Rechnungshofes ungesetzlich. Hiergegen ist von uns angekämpft worden. Auch das Reichswehrministerium hat einsehen müssen, daß rechtlich die Bestimmung des Rechnungshofes keine Gültigkeit hat. In einem Erlaß ordnet es an, daß alle Arbeiter, die nach den mit den Organisationen vereinbarten Richtlinien Zehrgelder und Uebernachtungsgelder beziehen, nicht gezwungen werden können, auf fiskalischen

Grundstücken zu übernachten. Es muß den Arbeitern daher freigestellt werden, sich überall Privatquartier zu beschaffen. In diesem Falle ist das Uebernachtungsgeld in voller Höhe zu gewähren. Nur in Ausnahmefällen, wo aus besonderen Gründen sich eine Uebernachtung auf dem Truppenübungsplatz notwendig macht (Bewachung), kann hiervon abgesehen werden. In diesem Falle sind dem Betreffenden 75 Proz. des Uebernachtungsgeldes in Anrechnung zu bringen. — Durch die Entscheidung des Reichswehrministeriums ist nunmehr hoffentlich der jahrelange Streit unserer Kollegen mit einzelnen Dienststellenleitern als erledigt anzusehen.

◆ **Internationale Rundschau** ◆

Arbeitslosenversicherung in Rußland. Das deutsche Gesetz über Arbeitslosenversicherung, das am 1. Oktober 1927 in Kraft tritt, hat in Nr. 30 der „Gewerkschaft“ Genosse Aufhäuser erläutert. Kürzlich sprach nun in einer Versammlung der Maschinen-, Auto- und Reparaturschlosser Genosse Schlimme vom ADGB. über die „Arbeitslosenversicherung in Deutschland und Rußland“. Wir können den ersten Teil seines Referats heute übergehen und geben aus dem zweiten Teil folgenden Auszug wieder, der einen interessanten Vergleich mit der deutschen Arbeitslosenversicherung ermöglicht. Aus der in der Betriebsrätezeitschrift des Metallarbeiterverbandes vom 23. Juli 1927 erwähnten Schrift von A. Issajew „Was muß jeder Arbeitslose wissen“ (Moskau 1925) zitierte Schlimme folgendes: In Rußland besteht kein Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Deshalb erhielten nach der Moskauer „Prawda“ vom 7. Juni 1927 von 1 428 000 Arbeitslosen nur etwa 600 000 Arbeitslose Unterstützung. Der Arbeitslose muß dort außer dem Arbeitsbuch und der gewerkschaftlichen Mitgliedskarte seinem Unterstüßungsgesuch einen Bedürftigkeitsnachweis von der Hausverwaltung beifügen (Issajew S. 35). Die Versicherungskassen sind ermächtigt, Nachforschungen über die Bedürftigkeit in der Wohnung des Betreffenden vorzunehmen. Die Unterstüßungssätze gliedern sich nach den neuesten Bestimmungen nach Wirtschaftsbezirken und Arbeitergruppen. Es wird kein Einheitslohn gewährt, sondern abgestuft nach sechs Wirtschaftsgebieten, ferner in drei Gruppen, und zwar erstens für hochqualifizierte, zweitens für qualifizierte, drittens für alle übrigen Arbeiter. Und außerdem ist noch die Dauer der Arbeitslosenunterstützung für diese Gruppen unterschiedlich. Die so bevorzugten Arbeitslosen sind daher gegenüber den gesamten Arbeitslosen nur eine Minderheit (dafür einige Zahlen aus der „Statistischen Rundschau“, Moskau, März 1927, Seite 33 und 37):

	Registrierte Arbeitslose in Tausenden	Unterstützung erhielten nur	Proz.
1925 September	920,4	254,5	27,6
„ Dezember	951,2	270,6	28,3
1926 Januar	988,1	311,4	31,3
„ Mai	1114,3	491,2	36
„ Oktober	1169,4	313,8	26,9
„ November	1254,3	390,5	26,3

Diese wenigen erhalten in Rubel (Wert 1 Mk.) monatlich

im 1. Bezirk	Gruppe der Arbeitslosen			im 4. Bezirk	Gruppe der Arbeitslosen		
	I	II	III		I	II	III
1.	26	19	15	16	12	10	
2.	22	17	14	5.	14	10	
3.	18	13,5	11	6.	11	8	

(Siehe „Trud“ Moskau vom 5. Juni 1927.)

Nach den Angaben der „Prawda“ wurden in den sieben Monaten (vom 1. Oktober 1926 bis 1. Mai 1927) insgesamt 40 Millionen Rubel Arbeitslosenunterstützung aus den Versicherungskassen an 600 000 Arbeitslose ausgezahlt. Nicht nur die tatsächliche Verdiensthöhe, sondern auch die Lebenslage der russischen Arbeiter erhöht durch diese Unterstüßungsbeträge eine treffende Illustration. Um aber einen Vergleich zu ziehen zwischen der Arbeitslosenfürsorge in Rußland und der in Deutschland erscheint es zweckmäßig, sich folgende Tabelle anzusehen:

Festgestellt am Stichtag:	Kassen- und Hauptunterstützungsempfänger insgesamt Tausend	Ausgaben im Vormonat in Millionen Mk.	d. von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Millionen Mk.
15. 10. 1926	1 338	92,5	47,1
15. 11. 1926	1 316	89,0	50,2
15. 12. 1926	1 467	85,1	51,0
15. 1. 1927	1 977	110,3	49,9
15. 2. 1927	1 952	120,7	49,5
15. 3. 1927	1 658	116,5	—
15. 4. 1927	1 217	106,3	—
15. 5. 1927	969	86,4	—
15. 6. 1927	805	71,1	—
15. 7. 1927	674	62,8	—

In diesen zehn Monaten sind also in Deutschland 940,7 Millionen Mark an Arbeitslose zur Auszahlung gebracht worden, gegen 40 Millionen Rubel in sieben Monaten in Rußland.